

**Wahlprogramm  
zur Landtagswahl 2016**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Sachsen-Anhalt

**„Machen wir was draus.“**

(Beschlossen auf dem Freiheitskonvent  
in Halle am 21. November 2015)

**Sachsen-Inhalt.**

**Machen wir was draus.**

**Wahlprogramm**

**Freie  
Demokraten**

Landesverband  
Sachsen-Anhalt **FDP**

# Sachsen-Inhalt.

## Machen wir was draus!

---

### Inhalt

1. Arbeit, von der man gut leben kann .....	4
Kleine Weltmeisterfirmen gründen .....	4
Eine deutliche Verbesserung der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten der mittelständischen Wirtschaft. ....	5
Konzentration der staatlichen Mittel auf Wissenschaft und Forschung. ....	5
Die Förderung der Technologien, bei denen Sachsen-Anhalt führend ist. ....	5
Die Schaffung eines innovationsfreundlichen Klimas. ....	6
Eine neue Gründer- und Unternehmerkultur- Sachsen-Anhalt: Umdenken im Kopf. ....	6
Wirtschaftsunterricht in die Schulen .....	7
Mehr Gründergeist in die Universitäten. ....	7
Steuer-, Abgaben- und Berichtslast für Gründer reduzieren. ....	7
Effiziente und schlanke Förderung von Unternehmensgründungen. ....	8
Lernprozess statt Eingeständnis des Scheiterns – Insolvenzrecht reformieren. ....	8
Für einen starken Mittelstand: keine neuen Belastungen, weg mit dem Mindestlohn- Monster. ....	8
Schluss mit überflüssigen Staatsausgaben, Abschaffung der Landesenergieagentur. ....	9
Abschaffung des Vergabegesetzes. ....	9
Weg mit dem Mindestlohn. ....	9
Weg mit dem Wassercent und dem kommunalen Wirtschaftsgesetz. ....	9
Wirklicher Bürokratieabbau, Abschaffung der GEZ-Pflicht für Unternehmen. ....	9
Keine neuen Steuern und Abgaben. ....	10
Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung. ....	10
Für eine effiziente Wirtschaftsförderung: Mehr Engagement für Ansiedlungen und Investitionen. ....	11
Nachhaltige und effiziente Investitionsförderung. ....	11
Konzentration der Wirtschaftsförderung auf forschungsintensive Branchen und Branchen mit hoher Wertschöpfung .....	11
Dornröschen wachküssen .....	12

Infrastruktur, die beschleunigt.....	14
Zügiger Ausbau des schnellen Internets. ....	16
Schnelle Fertigstellung der A14 Nordverlängerung und der A 143 Westumfahrung Halle. .....	17
Bau des Saale-Seitenkanals. ....	17
Mehr Engagement für den Flughafen Leipzig-Halle.....	17
Zukunft im ländlichen Raum – den Wandel selbst gestalten.....	18
Hohe Energiekosten gefährden unseren Wohlstand.....	19
Abschaffung der Stromsteuer. ....	19
Keine Diskriminierung von Energieträgern wie z.B. der Braunkohle aus ideologischen Gründen.....	19
1.b. Unsere Ressourcen schützen: Umweltschutz .....	20
2.  Schlauer sein als alle Anderen.....	22
Gern in die Schule gehen.....	22
Jeden Tag dazu lernen.....	23
Kindergarten.....	24
Grundschulbereich .....	26
Weiterführende Schulen .....	26
Inklusion .....	27
Zukunftsorientierte Bildung .....	27
Berufsbildung .....	28
Weiterbildung.....	28
Hochschulbereich .....	28
Lehrerausbildung.....	29
3.  Wohlstand in Sicherheit genießen .....	29
Polizisten, die uns helfen.....	29
Gerichte, die schnell handeln.....	30
4.  Sachsen-Anhalt machen wir Bürger .....	32
Starke Kommunen brauchen ausreichende finanzielle Rahmenbedingungen.....	34
Wer eine Leistung anordnet, hat sie auch zu bezahlen. ....	34
Starke Kommunen brauchen Gestaltungsfreiheit.....	35
Unsere Willkommenskultur heißt Grundgesetz.....	36
Kulturland Sachsen-Anhalt .....	40

Sport frei.....	42
Bürger ernsthaft beteiligen .....	44
Familiär und chancengerecht.....	44
Gesund bleiben & selbstbestimmt leben.....	46
Aktiv älter werden .....	46
Sie wollen so bleiben wie Sie sind? Sie dürfen! .....	47

Sachsen-Anhalt hat viele Potenziale. Wir nutzen sie zu wenig. Wir Freie Demokraten sind mit dem aktuellen Zustand unseres Landes nicht zufrieden. Deutschland ist der Motor Europas – und Sachsen-Anhalt hinkt unter der Haseloff-Regierung hinterher. Die große Koalition verwaltet den Niedergang. Wirtschaftswachstum, Innovationen, Unternehmensgründungen: Mit dieser Regierung trägt unsere Heimat die rote Laterne.

Wir Bürger Sachsen-Anhalts sind dabei genauso fleißig, mutig und intelligent wie die Bürger in anderen Teilen Deutschlands - aber wir werden schlechter regiert. Als Freie Demokraten treten wir an, damit Sachsen-Anhalt mit dem gleichen Mut, dem gleichen Fleiß und der gleichen Intelligenz regiert wird, den seine Bürger Tag für Tag – von früh morgens bis spät abends – aufbringen, um ihr Leben zu gestalten. Als Freie Demokraten treten wir an, um unser Land zu verbessern.

Wir sind Freie Demokraten und wir sind überzeugt:

Sachsen-Anhalt hat viele Potenziale.

Machen wir was draus!

Folgende Themen sehen wir Freie Demokraten als zentral an, da sie es sind, die den Bürgern Zukunftsperspektive und Zukunftswunsch in unserer Heimat geben:

## 1. Arbeit, von der man gut leben kann

Unser Land hat viele tolle Unternehmen. Sie bieten gute Arbeitsplätze, aber wir Freien Demokraten wollen noch mehr. Wir wollen mehr Unternehmensansiedlungen, mehr Unternehmenswachstum und mehr gut bezahlte Arbeitsplätze. Dass unser Land eine der höchsten Arbeitslosenzahlen und sehr niedrige Netto-Verdienste aufweist, ist Ausdruck der gescheiterten Wirtschaftspolitik der Regierung Haseloff. 0% Wirtschaftswachstum und damit Platz 16 von 16 Bundesländern ist das Ergebnis von zehn Jahren Schwarz-Rot. Es ist Ausdruck einer gescheiterten Wirtschaftspolitik, die mit Maßnahmen wie höherer Grunderwerbsteuer, dem Wassercent, der Landesenergieagentur, dem kommunalen Vergabegesetz und viel Bürokratie der wirtschaftlichen Entwicklung neue Fesseln anlegt – statt ihr Flügel zu verleihen. Wir wollen mit guten Rahmenbedingungen noch mehr Produktionsstätten und zukünftig auch Forschungsbereiche und Firmenzentralen Stück für Stück in unsere Heimat ziehen. Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass unternehmerische Entscheidungen hier bei uns getroffen werden. Wir wollen wieder das Land der Forscher, Tüftler und Entwickler werden. Sachsen-Anhalt soll zur Modellregion für Unternehmenswachstum und Bürokratieabbau werden. Wir wollen die wirtschaftliche Freiheit erhöhen. Dazu müssen unsere Unternehmen, auch aus etablierten Branchen wie der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, vor wachsender Bürokratie geschützt werden. Das bietet Aufstiegschancen im Land – es bietet Karrieren in mehr und mehr Branchen. Es bietet Arbeit, von der die Menschen gut leben können.

### Kleine Weltmeisterfirmen gründen

Wir freuen uns über jedes Unternehmen, das zu uns kommt. Aber wir warten nicht darauf, dass große Konzerne ihre Zentralen nach Arendsee, Köthen oder Zeitz verlegen. Wer warten will, hat genug andere Angebote in der Politik. Wir legen los. Wir Sachsen-Anhalter wollen kleine Weltmeisterfirmen gründen! Diese Startups brauchen keine Formulare, sie brauchen Freiheit für ihre Geschäftsidee. Unser Ziel ist es, dass man in Sachsen-Anhalt **innerhalb von 48 Stunden seine eigene Firma gründen** kann. Unser Ziel ist es, dass Startups in den **ersten zwei Jahren von allen unnötigen Befragungen, Dokumentationspflichten und Zwangsgliedschaften ausgenommen** werden. Die fleißigen, mutigen und intelligenten Köpfe in unserer Heimat brauchen diese zwei Jahre, um ihre Geschäftsidee zum Laufen zu bringen, be-

vor die deutsche Bürokratie – mit all ihrer Gründlichkeit – zuschlägt. Ein neues Unternehmen soll sich zuerst ausschließlich auf seine Gründung und seinen Markteintritt konzentrieren können und nicht im Wust der Vorschriften ersticken.

Wer möglichst viele kreative und risikobereite Startup-Unternehmer für unser Land gewinnen will, benötigt eine positive Gründungsstimmung: Eine hilfsbereite Verwaltung und einen wachsenden Markt für Risikokapital. Eine Beteiligungsgesellschaft des Landes, die dazu beiträgt, die Finanzprobleme innovativer Startups zu lösen, brauchen wir auch in Zukunft.

Unser Ziel ist es, dass ein neues Unternehmen sich trauen kann, zuerst einen Ingenieur, Designer oder Informatiker einzustellen, statt eines Steuerberaters und eines Justiziers.

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert deshalb:

#### **Eine deutliche Verbesserung der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten der mittelständischen Wirtschaft.**

Im überwiegend mittelständisch geprägten produzierenden Gewerbe von Sachsen-Anhalt liegen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung deutlich unter dem gesamtdeutschen Niveau. Die staatliche Förderung von Projekten der Forschung und Entwicklung muss deshalb ebenso deutlich verbessert werden wie die Förderung externer gemeinnütziger Industrieforschungseinrichtungen, die im Bereich der Hochtechnologien ein breites Kompetenzfeld anbieten und als Dienstleister für die mittelständische Privatwirtschaft zur Verfügung stehen.

#### **Konzentration der staatlichen Mittel auf Wissenschaft und Forschung.**

Eine zentrale Rolle für die Innovationsentwicklung eines Landes spielen die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen als Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Angesichts des niedrigen Niveaus an Innovationen war es ein schwerer Fehler der schwarz-roten Landesregierung, die Mittel für die Hochschulen nach der Rasenmäher-Methode zu kürzen. Wer ausgerechnet in innovationsorientierten Bereichen wie den Hochschulen Mittel kürzt, braucht sich nicht zu wundern, wenn der Schrumpfungsprozess der Bevölkerung des Landes voranschreitet. Wer will, dass die Bevölkerung von Sachsen-Anhalt wieder wächst, muss die staatlichen Mittel – statt für soziale Wohltaten – viel stärker für Wissenschaft und Forschung einsetzen!

#### **Die Förderung der Technologien, bei denen Sachsen-Anhalt führend ist.**

Ein Schwerpunkt der Forschungsförderung müssen jene innovativen Technologien sein, bei denen Sachsen-Anhalt eine führende Position einnimmt. Dazu gehört in dem Land, das sich zutreffend „Wiege der deutschen Pflanzenzucht“ nennt, insbesondere die Biotechnologie

einschließlich der Grünen Gentechnik. Die von der Nationalen Akademie der Wissenschaften „Leopoldina“ und führenden Wissenschaftlern in Sachsen-Anhalt immer wieder erhobene Forderung nach einer Förderung der Grünen Gentechnik wurde in den letzten Jahren durch das Abwürgen der Biotechnologie-Offensive der früheren Landesregierung konterkariert. Sachsen-Anhalt muss im Bereich der Biotechnologie unverzüglich wieder auf einen wissenschaftsorientierten Weg zurückkehren! Wir lehnen jegliche ideologischen Hürden in der Wissenschaft und Forschung ab.

### **Die Schaffung eines innovationsfreundlichen Klimas.**

Wer möglichst viele Forscher und innovative Unternehmer ins Land holen möchte, um möglichst viele gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen zu lassen, muss ein Klima der Innovationsfreundlichkeit schaffen. Dies bedeutet: Forscher und Unternehmer, die innovative Produkte und Verfahren entwickeln und anwenden wollen, müssen wissen, dass sie in Sachsen-Anhalt schneller als in jedem anderen Bundesland mit einer Förderung rechnen können. Als Land der Tüftler und Entwickler neuer Produkte und Verfahren muss Sachsen-Anhalt damit einen Weg gehen, der diese Region in früheren Zeiten stark gemacht hat. Andere Regionen Deutschlands und der Welt haben diesen Weg in den letzten Jahrzehnten mit großem Erfolg beschritten. Sachsen-Anhalt kann das auch. Es muss zu einem Musterland für Innovationen werden!

Ein Hochlohnland wie Deutschland kann sich im internationalen Wettbewerb nur behaupten, wenn seine Unternehmen Spitzenprodukte entwickeln. Die Innovationskraft eines Bundeslandes entscheidet deshalb in hohem Maße über seine wirtschaftlichen Perspektiven und damit seine Attraktivität für qualifizierte Arbeitskräfte. Nach dem Innovationsindex 2014 des Statistischen Landesamtes von Baden-Württemberg für alle 80 Regionen in der EU liegt das Land Sachsen-Anhalt, was die Beschäftigten in industriellen Hochtechnologie- und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen sowie die Patentanmeldungen anbetrifft, nach allen anderen Ländern der Bundesrepublik auf dem letzten Platz. In keinem Aufgabenbereich der Landesregierung ist ihr Versagen offenkundiger und für die weitere Landesentwicklung katastrophaler als im Bereich der Innovationspolitik. Ein Politikwechsel ist überfällig.

### **Eine neue Gründer- und Unternehmerkultur- Sachsen-Anhalt: Umdenken im Kopf**

Sachsen-Anhalt zum gründerfreundlichsten Bundesland zu machen, ist eine Herausforderung, die wir nur erfolgreich stemmen, wenn wir die politische wie gesellschaftliche Kultur und die Denkweise grundlegend ändern, die momentan das Unternehmerbild bestimmt. Wo Firmen, Unternehmen und den hinter ihnen stehenden Menschen ein grundlegendes Misstrauen entgegengebracht wird; wo Risikobereitschaft, Mut und Optimismus nicht anerkannt, sondern bestraft werden; wo das Ziel, Wohlstand und Reichtum zu erschaffen als vermeintlich unmoralisch gilt; wo in Schulbüchern der Unternehmer als zigarrenrauchender, dickbäuchiger Ausbeuter dargestellt wird, kann keine gründerfreundliche Atmosphäre entstehen. Ein Umdenken ist deshalb – vor allem bei politischen Verantwortungsträgern – dringend

erforderlich. Nicht Beamte und Gesetzgeber sorgen für Wohlstand und Wachstum, sondern kreative Menschen mit neuen Ideen, die bereit sind, in diese zu investieren und auf ihre eigenen Fähigkeiten zu vertrauen. Die Freien Demokraten wollen diesen Gründergeist fördern und zurück nach Sachsen-Anhalt bringen. Schaffen wir gemeinsam die Rahmenbedingungen, dass unser Land das Land der Startups wird.

### **Wirtschaftsunterricht in die Schulen**

Das Fach Wirtschaft führt bislang in öffentlichen Schulen ein Schattendasein. Die Freien Demokraten wollen das ändern. Wir sind der Meinung, dass das Verständnis von grundlegenden wirtschaftlichen Zusammenhängen zu einer guten Bildung genauso dazugehört wie Deutsch oder Mathematik. Deshalb wollen wir den Wirtschaftsunterricht verbindlich für alle Schulen im Land ab Klasse sieben einführen. Ziel soll es sein, dass alle Schulabsolventen ein prinzipielles Verständnis von betriebs- und volkswirtschaftlichen Grundlagen, den verschiedenen ökonomischen Denkschulen wie Monetarismus, Keynesianismus, Neoklassik oder Österreichische Schule, aber auch praktischen steuerrechtlichen oder vertragsrechtlichen Fragestellungen nachweisen können

### **Mehr Gründergeist in die Universitäten.**

Unsere Universitäten haben in den letzten Jahren in Sachen Gründerkultur und -förderung einiges aufgeholt. So existieren bereits verschiedenste Projekte, Vereine und Arbeitsgemeinschaften, die gründungswillige Studenten auf ihrem Weg unterstützen und Knowhow oder Netzwerke bereitstellen. Trotzdem bleiben Potentiale und Synergien ungenutzt. Unser Ziel ist es, universitäre Projekte besser mit den Industrie- und Handelskammern und den Einrichtungen der Wirtschaftsförderung – wie beispielsweise der Förderbank – zu vernetzen. Wir wollen dafür sorgen, dass auch das Land Sachsen-Anhalt als Träger der Universitäten seiner Verantwortung gerecht wird: Studenten, die während ihres Studiums den Schritt zur Firmen- oder Existenzgründung wagen, sollen unbürokratisch Urlaubssemester oder zusätzliche Leistungspunkte für ihr Studium erhalten können.

### **Steuer-, Abgaben- und Berichtslast für Gründer reduzieren.**

Das deutsche Steuer- und Abgabenrecht trifft neu gegründete Firmen ab der ersten Minute ihrer Existenz grundsätzlich mit seiner vollen Belastungshöhe und allen seinen sonstigen Pflichten. Es behandelt ein Startup-Unternehmen im ersten Jahr seines Bestehens im Grundsatz nicht anders, als die alteingesessene Aktiengesellschaft. Wir Freien Demokraten halten das für falsch. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Unternehmen in den ersten beiden Jahren ihres Bestehens lediglich reduzierte Sozialabgaben zu leisten haben und unabhängig von ihrer Rechtsform von der Gewerbesteuer befreit sind. Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass kleine Kapitalgesellschaften ebenso wie Personengesellschaften

oder Einzelkaufleute den Gewerbesteuerfreibetrag nutzen können. Die umfangreichen Berichtspflichten gegenüber den Behörden und den Kammern bedeuten einen hohen bürokratischen und somit kostenintensiven Aufwand für Gründer. Wir setzen uns dafür ein, dass die Berichtspflichten für Gründer in den ersten drei Jahren auf ein Minimum reduziert werden

### **Effiziente und schlanke Förderung von Unternehmensgründungen.**

Die Freien Demokraten wollen bürokratische Hürden bei der Wirtschaftsförderung abbauen. Wir stellen uns in diesem Zusammenhang eine zentrale Stelle als Ansprechpartnerin für alle Belange im Zusammenhang mit einer Unternehmensgründung vor. Verfahren sollen dort gebündelt werden, sodass potentielle Interessenten im „One-Stop-Shop-Verfahren“ von den Angeboten Gebrauch machen können. Darüber hinaus soll die landeseigene Förderbank moderne und zinsgünstige Startup-Kredite für Unternehmensneugründungen in Sachsen-Anhalt anbieten.

### **Lernprozess statt Eingeständnis des Scheiterns – Insolvenzrecht reformieren.**

Das deutsche Insolvenzrecht ist trotz seiner Reformen in den letzten Jahren von seiner grundlegenden Ausrichtung her mutlos und konservativ geblieben. Wir wollen das ändern. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass eine Kultur der zweiten Chance Einzug in die Insolvenzordnung hält. Wer mit einer Geschäftsidee nicht erfolgreich war, soll nicht länger als Gescheiterter stigmatisiert werden, sondern das Insolvenzverfahren vielmehr als eine Art Lernprozess begreifen können. Zukünftig soll die Sanierung einer insolventen Firma Vorrang vor ihrer Abwicklung haben.

### **Für einen starken Mittelstand: keine neuen Belastungen, weg mit dem Mindestlohn-Monster.**

Mit Blick auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzen sich die Freien Demokraten bereits jetzt dafür ein, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren. Wir wollen einen Schritt weiter gehen und vor allem Frauen dabei helfen, Unternehmen und Familie besser zu vereinbaren. Frauen, die in der gesetzlichen Krankenversicherung familienversichert sind und sich nach einer Baby- oder Erziehungspause dazu entschließen, fortan als Unternehmerin, bzw. Kleinunternehmerin tätig zu sein, trifft häufig die s. g. „395-Euro-Falle“. Konkret bedeutet das, dass sie den vollen Beitrag zur GKV – nämlich 360 Euro – bezahlen müssen, solange und soweit ihr monatlicher Verdienst 395 Euro übersteigt. Diese Ungerechtigkeit und Ungleichbehandlung wollen wir abschaffen und stattdessen durch eine faire Bemessungsgrenze ersetzen – etwa eine proportionale Belastung zum Einkommen.

### **Schluss mit überflüssigen Staatsausgaben, Abschaffung der Landesenergieagentur.**

Ein Paradebeispiel ist die von der schwarz-roten Landesregierung geschaffene Landesenergieagentur, die nur zur Versorgung von SPD-Genossen errichtet worden ist. Diese Einrichtung muss umgehend wieder abgeschafft werden. Auch die aufwändige, millionenschwere Betreuungsregelung für Kinder, deren Eltern arbeitslos sind, darf keinen Bestand haben. Es ist zumutbar, dass arbeitslose Eltern sich halbtags selbst um ihre Kinder kümmern – oder wahlweise die Kosten für die zusätzlichen Betreuungsstunden selbst zahlen. Das hier ausgegebene Geld fehlt an unseren Schulen und Hochschulen.

### **Abschaffung des Vergabegesetzes.**

Schluss mit den staatlichen Eingriffen in das Vergaberecht. Das Vergabegesetz des Landes Sachsen-Anhalt mit seinen zahlreichen Reglementierungen muss ersatzlos gestrichen werden.

### **Weg mit dem Mindestlohn.**

Interventionen des Gesetzgebers in das Tarifvertragsrecht und die Tarifautonomie durch staatlich festgelegte Mindestlöhne müssen in Zukunft unterbleiben. Solche bundesweiten Einheitslöhne werden den unterschiedlichen regionalen und branchenbezogenen Realitäten nicht gerecht und gefährden in Sachsen-Anhalt mittelständische Unternehmen und deren Arbeitsplätze.

### **Weg mit dem Wassercent und dem kommunalen Wirtschaftsgesetz.**

Der Wassercent als Länderabgabe benachteiligt einseitig heimische Unternehmen die wie z.B. Gemüsebauern viel Wasser verbrauchen. Einen wirklichen Grund für diese Abgabe ist nicht ersichtlich. Das Steueraufkommen ist vergleichsweise gering. Der bürokratische Aufwand durch unendliche Ausnahmetatbestände hoch. Der Staat sollte sich aus der Wirtschaft raushalten. Dass Kommunen den heimischen Wirtschafts- und Handwerksbetrieben wieder mit eigenen Betrieben Konkurrenz machen dürfen hat die große Koalition per Gesetz wieder eingeführt. Selbstbedienung und Kungelwirtschaft werden wieder Tor und Tür geöffnet. Gemeinderäte sind als Aufsichtsorgane überfordert. Das wirtschaftliche Risiko tragen letztlich der Steuerzahler und die im Wettbewerb stehenden heimischen Wirtschaftsbetriebe.

### **Wirklicher Bürokratieabbau, Abschaffung der GEZ-Pflicht für Unternehmen.**

Der bürokratische Aufwand gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist enorm und nimmt mit jedem neu eingeführten Gesetz zu. Die Wirtschaftsverbände sprechen derzeit von „Schmerzgrenze“. Daher fordern wir neugegründete Unternehmen mit bis zu fünf Mitarbei-

tern innerhalb der ersten fünf Jahre sowie Unternehmen, die keine entsprechenden Empfangsgeräte vorhalten, von allen diesbezüglichen Regelungen auszunehmen.

### **Keine neuen Steuern und Abgaben.**

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt darf der Einführung neuer Steuern und Abgaben, z.B. der Einführung einer Maut auf Bundesstraßen, nicht zustimmen. Ist eine solche Abgabe erst einmal eingeführt, wird sie über kurz oder lang alle Autofahrer und Betriebe treffen. Warnendes Beispiel ist der „Solidaritätszuschlag“. Kaum ist das eigentlich angestrebte Ziel der Abgabe erreicht, wollen schwarz-rote Regierungen die Abgabe für andere Zwecke fortbestehen lassen. Ist die Maut erst einmal eingeführt, wird sie in wenigen Jahren alle Autofahrer zusätzlich belasten.

So wichtig für unser Land eine starke Industrie ist, so ist und bleibt doch der Mittelstand das Rückgrat unserer regionalen Volkswirtschaft. Die Politik der Haseloff-Regierung ist von Misstrauen gegenüber dem Mittelstand geprägt und belastet die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Gesetze, Einrichtungen sowie neue Regulierungen, Steuern und Abgaben, die niemand braucht und den Mittelstand in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit hindert und deren Existenz bedroht, gehören abgeschafft. Dieser wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung muss Einhalt geboten werden.

Für die Lösung des Arbeitskräfteproblems: Erarbeitung eines Konzeptes zur Integration von ausländischen Fachkräften, vor allem auch der ausländischen Studierenden und Schaffung lokaler Initiativen zu deren Umsetzung.

Jedes Jahr kommen junge Menschen zum Studium in unser Land, aus anderen deutschen Bundesländern, aus der EU, aber auch aus aller Welt. Die zögerlichen Ansätze zu einer Willkommenskultur wie die von CDU und SPD, genügen nicht, um ihnen eine Perspektive in Sachsen-Anhalt über das Studium hinaus zu eröffnen. Zumal sie mit einer Überbetonung der Rückholung von abgewanderten Sachsen-Anhaltern ständig konterkariert werden. Junge Menschen, egal woher, die zum Studium kommen, müssen frühzeitig aktiv integriert werden. Dazu bedarf es lokaler Initiativen der Unternehmen, Verbände und Vereine gemeinsam mit der öffentlichen Hand, die ihnen genauso wie jungen Fachkräften in Handwerk und Industrie die Chance eröffnen, sich in unseren Städten und Gemeinden heimisch zu fühlen.

### **Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung.**

In Sachsen-Anhalt führt die Konzentration der öffentlichen Verwaltung auf zwei/drei Städte zunehmend zum Wettbewerb um Arbeitskräfte zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Hand. Die Landesverwaltung sollte deshalb, wo dies inhaltlich sinnvoll ist, Standorte in der Landesfläche erhalten oder bei Strukturveränderungen präferieren. Dies entzerrt den Wettbewerb zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft.

Es ist davon auszugehen, dass Deutschland und auch Sachsen-Anhalt in Zukunft eine niedrige Arbeitslosenquote haben werden und in Folge dessen Fachkräftemangel. Dies zeigt sich bereits jetzt etwa in den wirtschaftsstarke Regionen Deutschlands. Menschen werden noch verstärkt an Standorte ziehen, an denen sie möglichst attraktive Arbeitsplätze finden. Gleichzeitig wird die Chance, Arbeitskräfte zu finden für Standortentscheidungen von Unternehmen deutlich an Priorität gewinnen. Es gilt deshalb in den kommenden Jahren sowohl die in Sachsen-Anhalt vorhandenen Arbeitskräfte zu mobilisieren und ausländische Arbeitskräfte für Sachsen-Anhalt zu gewinnen.

### **Für eine effiziente Wirtschaftsförderung: Mehr Engagement für Ansiedlungen und Investitionen.**

Die Landesregierung hat ihre Aktivitäten der Wirtschaftsförderung fast vollständig eingestellt. Investitionstätigkeiten und Neuansiedlungen finden in Sachsen-Anhalt kaum noch statt. Die Investitions- und Marketinggesellschaft muss sich wieder auf ihre Kernaufgabe, das Ansiedlungsgeschäft, konzentrieren.

### **Nachhaltige und effiziente Investitionsförderung.**

Im Sinne der Nachhaltigkeit der Förderung und der effizienten Verwendung von Steuergeldern bei der Förderung von Unternehmen der Wirtschaft ist eine weitere Rückführung der Instrumente der verlorenen Zuschüsse in Richtung rückzahlbarer Darlehen, revolvingender Fonds, Bürgschaften und Beteiligungen vorzunehmen. Das Fördergeschäft ist noch stärker bei der Investitionsbank zusammenzuführen.

### **Konzentration der Wirtschaftsförderung auf forschungsintensive Branchen und Branchen mit hoher Wertschöpfung**

Förderschwerpunkte sollen auf innovative und wertschöpfungsintensive Branchen konzentriert werden. Dies ist gemeinsam mit den vorhandenen Fördermöglichkeiten für Unternehmenserweiterungen und Ansiedlungen zu nutzen, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, die in der Region gehalten werden können.

Neuansiedlungen und Investitionstätigkeiten sind in Sachsen-Anhalt fast zum Erliegen gekommen. Fördermittel des Bundes und der EU werden mangels von Projekten zurückgegeben. Diese Entwicklung ist vor allem auf das fehlende Engagement der Landesregierung zurückzuführen, welches für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung unerlässlich ist. In den Jahren mit liberaler Regierungsbeteiligung waren eine kompetente und effiziente Ansiedlungspolitik und die Betreuung von Investitionen ein Markenzeichen. Ein Politikwechsel ist auch hier dringend überfällig:

Sachsen-Anhalt hat den Anschluss an die wirtschaftliche Dynamik anderer Bundesländer verloren. Dieser Niedergang ist zu großen Teilen hausgemacht. Sachsen-Anhalt hat es selbst in der Hand hat auf einen Wachstumskurs zurückzukehren. Die FDP steht für Wachstum und eine ideologiefreie Wirtschaftspolitik. Wir Freie Demokraten wollen, dass Sachsen-Anhalt wächst und nicht schrumpft.

Die Land- und Forstwirtschaft ist ein eigenständiger Bestandteil der Wirtschaft. Sachsen-Anhalt ist ein exponierter, traditionsreicher Agrarstandort. Die Magdeburger Börde ist als Ackerstandort europaweit ebenso bekannt, wie die Saatzuchtregion um Quedlinburg. Das Gleiche gilt für die intensiv bewirtschafteten, hervorragenden Böden um Halle (Saale) wo ebenfalls großstrukturierte Agrarbetriebe mit einem hoch motivierten und bestens ausgebildeten Personal wirtschaften. Einen besonderen Stellenwert hat auch die Unterstützung der Kulturlandschaft des Terrassenbaus an Saale und Unstrut als nördlichstem geschlossenem Weinanbaugebiet Europas.

Ziel liberaler Agrarpolitik muss sein, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass landwirtschaftliche Unternehmen den überwiegenden Teil ihrer Erlöse auf dem freien Markt erwirtschaften. Wir müssen in Zukunft stärker darauf achten die Veredlungsketten im eigenen Land aufzubauen, um die Wertschöpfung zu erhöhen und um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Kein Betrieb wirtschaftet gegen seine eigene Nachhaltigkeit und seinen Fortbestand. Für die unternehmerische Landwirtschaft, wird es zukünftig in der neuen, gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) keine staatlichen Aufkäufe (Interventions- und Preisstützungskäufe) als Absatzgarantie mehr geben. Die gemeinsame Agrarpolitik muss sich stärker an den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft ausrichten. Liberale stehen für mehr Eigenverantwortung und für einen drastischen Bürokratieabbau. Erst dann profitieren Verbraucher von qualitativ hochwertigen und preisgünstigen Lebensmitteln. Dies gilt für Produkte aus der Heimat und aus allen Regionen der Welt.

Die Forstwirtschaft ist ein eigenständiger Wirtschaftszweig, die sich im freien Markt bewähren muss. Ziel liberaler Forstpolitik muss es sein, vor allem dem Privatwald und dessen Eigentümern eine optimale Bewirtschaftung durch eigenständige, staatlich unabhängige und frei auf dem Markt agierende Forstbetriebsgemeinschaften zu gewährleisten.

Bei der Bewältigung der großen Herausforderungen des Klimawandels und Sicherung der Ernährungsgrundlage für die Menschen kommt der Landwirtschaft eine zentrale Rolle zu.

## **Dornröschen wachküssen**

Unsere Heimat ist so reich an historischen und kulturellen Schätzen wie kaum eine andere Region auf der Welt. Die Dichte an UNESCO-Weltkulturerbestätten ist einmalig. Die beschei-

dene Entwicklung der Übernachtungszahlen zeigt, dass die Landesregierung es versäumt hat, mit diesem Pfund zu wuchern.

Unsere Landschaften, unsere Geschichte, Highlights wie die Straße der Romanik, die Himmelscheibe von Nebra und die Luthergedenkstätten könnten viel besser genutzt werden. Unsere Tourismuswirtschaft kann deutlich wachsen. Das muss die Regierung aber auch wollen. Sie muss Ambitionen haben und sich Ziele stecken. Wer selber nicht an sein Land glaubt, wird Gäste nicht davon überzeugen können. Als Freie Demokraten werden wir dies mit einem neuen Auftritt und einem neuen Selbstverständnis unserer Heimat mit einer abgestimmten **Strategie zur touristischen Vermarktung** ändern, die unserem Land gerecht wird.

Als Kerngebiet deutscher Geschichte und Region mit äußerst attraktiven Kultur- und Naturlandschaften ist unser Land Sachsen-Anhalt für Millionen Menschen aus dem In- und Ausland eine beliebte Kulturreisen- und Urlaubsregion. Mit den vier UNESCO-Welterbestätten (Luther-Gedenkstätten Wittenberg und Eisleben, Quedlinburg, Bauhaus Dessau und Wörlitzer Gartenreich) sowie den vier touristischen Markensäulen „Straße der Romanik“, „Blaues Band“, „Gartenträume“ und „Himmelswege“ sind exzellente Voraussetzungen für eine erfolgreiche Marketingarbeit geschaffen worden. Demgegenüber hat die schwarz-rote Landesregierung durch die Zerschlagung der Landesmarketinggesellschaft als effektivem Instrument der Tourismusförderung und kurzatmige Projekte die Marketingarbeit des Landes deutlich verschlechtert. Mit dem Masterplan Tourismus, mit dem sich die Landesregierung bis 2020 eine Steigerung der Übernachtungszahlen von lediglich 1,3% pro Jahr zum Ziel gesetzt hat, bleibt Sachsen-Anhalt deutlich hinter seinem touristischen Wachstumspotenzial zurück. Ziel des Landes muss aber ein stärkeres Wachstum der Tourismuswirtschaft sein.

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert deshalb ein schlagkräftiges Instrument für die Förderung des Tourismus.

- Zur optimalen Erschließung aller touristischen Potenziale von Sachsen-Anhalt müssen Tourismusstrategie und Vertrieb wieder in einer eigenständigen und schlagkräftigen Organisation gebündelt werden, in der auch die Tourismuswirtschaft und die kommunalen Gebietskörperschaften angemessen vertreten sind.
- Zielgerichteter Einsatz der Landesmittel für das Tourismusmarketing.

Die Landesmittel für das Tourismusmarketing müssen zielgerichtet eingesetzt werden. Sie fließen durch die erhöhten Steuereinnahmen aus der Tourismuswirtschaft letztlich wieder in die öffentlichen Kassen zurück. Schwerpunkte der Marketingarbeit sollen neben Deutschland die europäischen Nachbarländer und insbesondere im Hinblick auf das 500jährige Luther-Jubiläum im Jahr 2017 auch die USA sein.

- Nutzung aller Werbe-Möglichkeiten und von Kooperationen.

Bei der Vermarktung sind alle neuen technologischen Möglichkeiten zu nutzen, die dazu beitragen können, potentiellen Besuchern von Sachsen-Anhalt umfassende Angebote zu unterbreiten. Dies soll auch durch eine stärkere Verknüpfung der Marketingorganisation des Landes mit kulturellen Organisationen und Institutionen sowie durch zentrale Veranstaltungsportale ermöglicht werden.

## Infrastruktur, die beschleunigt

Wir Bürger Sachsen-Anhalts stehen früher auf, weil wir oft sehr weit zur Arbeit fahren. Aber Arbeit lohnt sich vor allem dann, wenn wir den Tag nicht auf dem Weg zu ihr verbringen müssen. Für uns Freie Demokraten heißt das, dass wir die Infrastruktur nach den Bedürfnissen der Menschen ausrichten – und nicht umgekehrt. Derzeit trägt unser Bundesland die rote Laterne. Bei der Breitbandversorgung der Bürger sind wir Bummelletzter, das größte autobahnfreie Gebiet Deutschlands liegt in Sachsen-Anhalt. Die bisherige Landespolitik hängt den ländlichen Raum ab. Das geht besser!

Als Freie Demokraten wollen wir dafür sorgen, dass **kein Bürger unseres Landes länger als 30 Minuten zur nächsten Autobahn oder vierspurigen Bundesstraße** braucht. Wir wollen die Verkehrsprojekte unserer Heimat im Bundesverkehrswegeplan vorbehaltlos umsetzen und damit bestehende Lücken – wie bei der A 14 oder der Westumfahrung von Halle durch die A 143 – schließen. So erhalten wir auch die Attraktivität des ländlichen Raumes und wirken dem demographischen Wandel entgegen. Es gilt dabei, wirtschaftstaugliche Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in die Natur zu schaffen. Die Menschen stehen für uns an erster Stelle. Die künstliche Verteuerung von Infrastrukturprojekten durch ideologisch motivierte und steuerfinanzierte Klagen von einzelnen Verbänden halten wir für gemeinwohlschädlich und lehnen sie nachdrücklich ab.

**Der kürzeste Arbeitsweg ist der ins eigene Arbeitszimmer. Home Office** ist in einem dünn besiedelten Bundesland wie dem unseren ein Konzept mit Zukunft. Hierfür, aber auch für die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, brauchen wir dringend schnelles Internet - auch im kleinsten Dorf. Bei der Umsetzung dieses Konzepts orientieren wir uns an Estland. Sachsen-Anhalt ist viermal so dicht besiedelt wie Estland und hat eine höhere Wertschöpfung pro Kopf. Wenn die Esten ihr **ganzes Land mit freiem WLAN und schnellem Internet** versorgen können, dann können wir das auch.

Infrastruktur ist mehr als Beton. Öffentliche Infrastruktur bildet die Grundlage, auf der Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft floriert. Um Kommunen lebenswert zu erhalten gilt es, die Menschen vor Ort zu befähigen ihre Bedürfnisse selbst zu definieren und zu bedienen. Hierzu sind Bildungs- und Gesundheitsangebote genauso notwendig wie Ver- und Entsorgungs-, Kommunikations-, Straßen- und Schienennetze.

Als Liberale wollen wir die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen in ihren eigenen Händen erhalten, für die Menschen, die in ihnen leben und arbeiten. Wir bekennen uns daher klar zur Subsidiarität, denn Subsidiarität steht für Bürgernähe. Subsidiarität steht für Fachkenntnis vor Ort. Entscheidungen sollen möglichst auf kommunaler Ebene getroffen werden. Dafür ist es notwendig, die desaströse Mittelausstattung der Kommunen zu verbessern, nicht nur, aber auch, um schrumpfenden Gemeinden einen Haushalt ohne neue Schulden zu ermöglichen. Schulden sind Gift, gerade bei zu erwartender zurückgehender Wirtschaftsleistung.

Zur Finanzierung ihrer Aufgaben muss der Kommune mehr von ihren eigenen Einnahmen verbleiben und die Kompetenzen zur Einnahmeerzielung durch Steuern müssen erweitert werden, damit eine bessere Berücksichtigung individueller Gegebenheiten möglich ist.

Staatliche Aufgabe darf jedoch auch kommunal nicht unternehmerische Tätigkeit sein. Diese bildet für die Kommunen nicht nur ein wirtschaftliches Risiko – mit dem Steuergeld der Bürger -, sondern untergräbt in der Finanzdebatte auch deren Position gegenüber dem Land. Die Sonderbehandlung von Unternehmen der Daseinsvorsorge bezüglich Umsatz-, Körperschafts- und Grundsteuer sowie die Ungleichbehandlung beim steuerlichen Verbund von Gewinn- und Verlustbringer müssen beendet werden. Die Kommunen sollen sich auf ihre hoheitlichen Aufgaben beschränken, und der Privatwirtschaft ihren Raum zur Entfaltung geben. Zur effizienteren Wahrnehmung dieser Aufgaben ist verstärkt auf die Kooperation von Gemeinden hinzuwirken.

Ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge ist ein Minimum an garantierten Infrastruktureinrichtungen, auch in den am dünnsten besiedelten Regionen Sachsen-Anhalts. Zu diesem Minimum an Infrastruktur gehören die Ubiquität von Wasser und Abwasser zu bezahlbaren Preisen genauso wie Strom. Gerade in dünn besiedelten Regionen müssen hierfür dezentrale Lösungen in Selbstorganisation der Bürger, bzw. der Eigenverantwortung der Gemeinde, erleichtert werden um Lebenshaltungskosten zu senken. Wo nötig muss die Anpassung veralteter Infrastrukturnetze an die schrumpfende Bevölkerung vor Ort unterstützt werden, um auch schwache Kommunen zukunftsfähig zu machen, denn diese Anpassung kann Unterhaltungskosten so senken, dass neue Freiräume zum Handeln ohne Hilfe von außen eröffnet werden. Generell sind die Kommunen gehalten, die zukünftige Notwendigkeit von Bauwerken mit den Kosten ihrer Instandsetzung und ihres Unterhalts stärker in Abwägung zu setzen. Die Abwägung von Investitions- und Unterhaltungskosten gilt es auch im Bereich der Wärmedämmung stärker zu beachten. Hier geht es aber nicht nur um Finanzen. Gerade eine

Modernisierung der Bauordnung, die etwa die Errichtung und den Erhalt von Bauwerken, wie Windrädern, auch zeitlich befristet erlaubt, und zu ihrem Rückbau verpflichtet, kann helfen ein sich veränderndes Verhältnis von Mensch und Natur ohne Bauruinen zu ermöglichen. Dies trägt dazu bei ein Umfeld zu erhalten, das auch in Zukunft flexibel auf Veränderungen reagieren kann.

Zur Daseinsvorsorge gehört neben einem funktionierenden Straßennetz und einem Schienen- und Wasserstraßennetz, das erreichbar bleibt, und gerade in dünn besiedelten Regionen eine erhöhte Bedeutung hat, ein öffentlicher Personennahverkehr als kommunale Aufgabe. Dieser muss es auch älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen weiterhin ganzjährig ermöglichen, ihren Alltag möglichst selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu gestalten, und etwa Nahversorger zeitnah zu erreichen oder in die nächstgrößeren Ortschaften zu pendeln, eine Grundvoraussetzung von Entwicklungschancen vor Ort. Dieser muss es auch jungen Menschen ermöglichen, unabhängig vom elterlichen Fahrdienst mobil zu sein. Um dies weiterhin bezahlbar umzusetzen, gilt es verstärkt innovative Beförderungskonzepte, wie etwa Rufbus- / Minibussysteme zu nutzen. Ziel sind flexible Lösungen vor Ort, die eine starre und teure Überversorgung verhindern, indem sie sich den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen anpassen. Bürgerschaftliches Engagement und nachbarschaftliches Miteinander haben gerade in kleinsten Ortschaften das Potenzial öffentliche Angebote wirksam zu ergänzen. Die öffentliche Hand kann hier häufig als Koordinationsplattform dienen, und sich so auch selbst dank der anerkennenswerten Tätigkeit engagierter, eigenverantwortlicher Ehrenamtlicher finanziell entlasten.

Die FDP steht für die Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit Breitbandinternet. Dazu müssen die Möglichkeiten, die im Rahmen der Novelle des Telekommunikationsgesetzes geschaffen wurden, rasch ausgeschöpft werden. Zudem wird Optimierungspotenzial bei den rechtlichen Rahmenbedingungen in anderen Bereichen – etwa im Bau- und Planungsrecht oder im Kommunalrecht – gesehen. Die Finanzierungsmöglichkeiten beim Bund, den Ländern und der EU sollen transparenter und besser nutzbar gemacht werden, um den Breitbandausbau durch den Markt noch besser zu unterstützen.

### **Zügiger Ausbau des schnellen Internets.**

Der Ausbau des schnellen Internets geht in Sachsen-Anhalt viel zu schleppend voran. Nur rund ein Drittel aller Haushalte und mittelständischen Unternehmen hat zeitgemäße Anschlüsse an das Internet. Dabei ist die Anbindung an das schnelle Internet für Unternehmen ein überragend wichtiger Standortfaktor. Zahlreiche Unternehmen erleiden durch den fehlenden Anschluss an das High-Speed-Internet erhebliche Wettbewerbsnachteile. Aber schnelles Internet ist auch gerade für junge Menschen eine Voraussetzung, um auch den ländlichen Lebensraum lebenswert zu machen. Soziale Medien spielen für sie eine erhebliche Rolle, die abhängig ist von technischen Gegebenheiten.

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert zukunftsfähige Breitbandanschlüsse für alle. Es ist staatliche Aufgabe, die Versorgung mit dieser zukunftsweisenden Infrastrukturmaßnahme als Bestandteil der Daseinsvorsorge sicherzustellen. Aufgrund der strukturellen und demographischen Unterschiede zwischen dem städtischen und ländlichen Raum sind effiziente Förderprogramme mit Steuerungswirkung in bisher vernachlässigten Gebieten notwendig. Eine fehlende flächendeckende Anbindung führt zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität und einer Abkopplung der entsprechenden Region.

Standorte ohne schnelle Internetanbindung sind drittklassig. Unternehmen wandern ab statt zu. Und die schwarz-rote Landesregierung schläft. Aber auch bei den Verkehrswegen, die nach der Wende zeitgemäß erneuert oder ganz neu gebaut worden sind, gibt es eine Reihe von gravierenden Lücken, die endlich geschlossen werden müssen.

### **Schnelle Fertigstellung der A14 Nordverlängerung und der A 143 Westumfahrung Halle.**

Die A 143 (Westumfahrung von Halle) muss ebenfalls zügig fertiggestellt werden. Auch bei diesem Projekt darf nicht länger hingenommen werden, dass grüne Ideologen die Bewältigung der Verkehrsprobleme von Sachsen-Anhalt immer wieder blockieren.

Die A 14 zwischen Magdeburg und Schwerin ist umgehend fertigzustellen. Es kann deshalb nicht länger hingenommen werden, dass Sachsen-Anhalt eine Organisation wie den BUND mitfinanziert, der alles unternimmt, um die Fertigstellung der A 14 zu verschleppen. Die Blockadepolitik des BUND hat bereits viele Millionen Euro gekostet, die der Steuerzahler tragen muss. Damit muss Schluss sein!

### **Bau des Saale-Seitenkanals.**

Seit Jahrzehnten ist die Saale als Wasserstraße weitgehend ausgebaut. Sie kann jedoch als solche nicht genutzt werden, weil der Ausbau im Mündungsbereich der Saale in die Elbe bislang noch nicht erfolgt ist. Das Raumordnungsverfahren für den Saale-Seitenkanal (Schleusenkanal bei Tornitz) ist seit Jahren erfolgreich abgeschlossen. Doch das Projekt kommt seitdem nicht mehr voran. Die schwarz-rote Landesregierung schafft es nicht, das Projekt mit der schwarz-roten Bundesregierung endlich zu realisieren. Der Handlungsbedarf für Sachsen-Anhalt ist groß!

### **Mehr Engagement für den Flughafen Leipzig-Halle.**

Der Einfluss des Landes Sachsen-Anhalt auf den Flughafen Leipzig-Halle muss gestärkt werden. Der Flughafen spielt für die Wirtschaftsentwicklung unseres Landes eine wichtige Rolle. Während Sachsen-Anhalt in den 90er Jahren die Entwicklung des Flughafens wesentlich mitbestimmen konnte, ist der Einfluss heute deutlich geringer. Das muss sich wieder ändern.

Öffentliche Infrastrukturen sind zügig weiter auszubauen, das gilt sowohl für die klassischen Verkehrswege als auch die Datenautobahn und die Energieversorgung.

### **Zukunft im ländlichen Raum – den Wandel selbst gestalten**

Sachsen-Anhalt ist eine ländlich geprägte Region. Jenseits der Oberzentren Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau ist unsere Heimat durchzogen von kleinen und mittleren Städten und Dörfern. In wenigen Teilen Deutschlands sind Regionen so dünn besiedelt wie zwischen Arendsee und Zeitz.

Seit der Wiedervereinigung sieht sich unser Land großen Strukturveränderungen ausgesetzt. Zu den Größten gehört die Bevölkerungsentwicklung. Gerade im ländlichen Raum wurden als Erbe des Sozialismus Anpassungsleistungen der überkommenen Wirtschaftsstruktur notwendig. Die resultierende Arbeitslosigkeit und die damit einhergehende Perspektivenarmut führten zu Abwanderung und Geburtenrückgang. Auch wenn die Geschwindigkeit dieses Prozesses abgenommen hat, sind die Geburtenraten weiterhin nicht ausreichend, um die Schrumpfung der Bevölkerung zu stoppen. Die anhaltende Abwanderung der Bevölkerung, gerade aus dünn besiedelten Regionen, verschärft diese Entwicklung. Als Ergebnis nimmt die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt stetig ab, ihr Altersdurchschnitt steigt. In seinem Ausmaß ist dies beispiellos. Während einige Städte den Schrumpfungsprozess hinter sich haben, steht dem ländlichen Raum bis 2025 ein weiterer Bevölkerungsrückgang von 20 %, örtlich auch über 25 %, bevor.

Dies ist nicht per se negativ. Das Landleben und seine angenehmen Aspekte, wie die Nähe zur Natur, der hohe Erholungswert, das oft persönlichere, weniger anonyme Miteinander der Menschen und das familienfreundliche Umfeld werden durch einen Bevölkerungsrückgang nicht geschmälert. Herausgefordert sind hingegen die öffentlichen Infrastrukturen, sofern sie für eine frühere, eine andere Bürgerschaft konzipiert wurden. Es gilt die Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetze, die Strom, Wasser und Abwassernetze, die Bildungs- und Gesundheitsstrukturen, insgesamt den durch und für die Bürgerschaft bereit gestellten öffentlichen Raum so umzugestalten, dass er auch in zehn und in 20 Jahren noch geeignet ist der dann vorhandenen, meist kleineren und älteren Bevölkerung gerecht zu werden.

Wir Freien Demokraten sind davon überzeugt, dass es Aufgabe von Politik ist, diese Entwicklung mit geeigneten Maßnahmen zu gestalten. So unterschiedlich wie die Entwicklung in den Ortschaften ist, so unterschiedlich müssen auch die Antworten im Einzelfall sein können, um einen Gestaltungsprozess zu ermöglichen, der jeder Gemeinde ihren Weg eröffnet. Aufgabe der Landespolitik ist es, dezentrale Entscheidungen zu ermöglichen, die sich flexibel den Gegebenheiten vor Ort anpassen. Flexibilität, Bürgernähe und Subsidiarität, kurz: Liberalisierung!

Wir setzen uns in Sachsen-Anhalt dafür ein, dass die Landespolitik den Bürgern, ihren Kommunen und Gebietskörperschaften mehr Freiheit lässt selbst zu entscheiden. Selbst zu entscheiden wie auftretende Herausforderungen lokal am besten gelöst werden können, damit die Menschen vor Ort sich ein Höchstmaß an Wohlstand und Entwicklungsmöglichkeiten

schaffen. Gleichwertige, nicht gleiche Lebensverhältnisse sind unser Ziel. Und dieses Ziel kann am besten durch eine lokale Vielfalt von Antworten auf die Vielfalt der Herausforderungen erreicht werden. Die Eigenverantwortung der Bürger vor Ort und ihre tatsächliche Wahrnehmung durch die Bürgerschaft sind der Weg zu einer erfolgreichen Liberalisierung und damit zu lebenswerten Kommunen, die das Rückgrat eines funktionsfähigen Bundeslandes bilden.

## Hohe Energiekosten gefährden unseren Wohlstand

Die hohen Strompreise sind ein Hemmschuh für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Die auch von der Landesregierung über den Bundesrat betriebene Politik der **Energieverteilung muss endlich gestoppt** und das Erneuerbare Energien Gesetz abgeschafft **werden**. Ohne eine Energiepolitik mit Augenmaß werden wesentliche Teile der heimischen Industrie, etwa die Chemiebranche und Baustoffindustrie, aus unserem Land vertrieben. Deshalb darf auch ein heimischer Energieträger wie die Braunkohle nicht diskriminiert werden.

### Abschaffung der Stromsteuer.

Die einst von der rot-grünen Bundesregierung eingeführte Stromsteuer erhöht die Energiepreise, was ein schwerwiegender Standortnachteil Deutschlands ist und unsere industrielle Basis auch in Sachsen-Anhalt gefährdet.

### Keine Diskriminierung von Energieträgern wie z.B. der Braunkohle aus ideologischen Gründen.

Nach dem überstürzten und teuren Ausstieg aus der Atomenergie, der ein Fehler war, dürfen die Strompreise nicht auch noch dadurch in die Höhe getrieben werden, dass preiswerte heimische Energiequellen in Frage gestellt werden. Dies muss für alle Energieträger – auch für unsere heimische Braunkohle – gelten.

Die Verfügbarkeit von sicherer und preiswerter Energie gehört zu den wichtigsten Säulen des Wohlstands. Für viele Unternehmen des produzierenden Gewerbes ist deshalb eine sichere und preiswerte Energieversorgung bei Standort- und Investitionsentscheidungen von größter Bedeutung. Dies hat die schwarz-rote Landesregierung völlig verkannt.

Sachsen-Anhalt hat sich in den zurückliegenden Jahren leider zu einer Region mit den europaweit höchsten Strompreisen entwickelt. Die mittel- und langfristigen Folgen dieser von der Politik zu verantwortenden Entwicklung sind dramatisch: Ein schleichender Rückzug der Industrie aus Sachsen-Anhalt ist in vollem Gange.

Allein kann sich Sachsen-Anhalt aus dieser bedrohlichen Entwicklung, die es im Bundesrat stets unterstützt hat, nicht mehr befreien. Vielmehr ist es höchste Zeit, dass die Landesregierung ihrer Verantwortung für unser Land gerecht wird und sich – anders als bisher – über den Bundesrat für eine zukunftsfähige Energiepolitik Deutschlands stark macht.

### **1.b. Unsere Ressourcen schützen: Umweltschutz**

Libérale Umweltpolitik geht in erster Linie von der Eigenverantwortung der Menschen aus und weist dem hoheitlichen Schutz einen weiten Rahmen zu. Dieser Grundsatz beruht auf der Überzeugung, dass die Menschen grundlegendes Interesse daran haben, dass die Umwelt in der sie leben, die sie prägen und die sie prägt, auch künftig intakt und lebenswert bleibt. Eine solche Politik steigert auch die Akzeptanz bei den von Umweltschutzmaßnahmen betroffenen Menschen, werden sie doch nicht als bloße Objekte der Regulierung betrachtet, sondern als ernstzunehmender Partner.

Umweltpolitik hat sich am Prinzip der Nachhaltigkeit zu orientieren. So werden die ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte gleichermaßen berücksichtigt und gegeneinander abgewogen. Ziel ist es dabei stets, die natürlichen Lebensgrundlagen im Interesse der heutigen wie auch der künftigen Generationen dauerhaft zu schützen. Die liberale Umweltpolitik der Zukunft muss als Teil der Ökologischen Marktwirtschaft verstanden werden und ein Beitrag sein zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft. Sie vereinigt Ökonomie und Ökologie, indem sie Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Mitteln ermöglicht und nicht, wie bisher, ausschließlich mit Ver- und Geboten. Klimaschutz und Ressourcenschonung sind vor dem Hintergrund des Klimawandels zentrale Aufgaben einer generationengerechten liberalen Umweltpolitik. Es gilt besonders in diesen wichtigen Feldern, die effizientesten Methoden sowohl der Energienutzung als auch der CO<sub>2</sub>-Verringerung einzusetzen. Dazu bedarf es unbedingt der Innovationskraft des Marktes.

Die vielfache Ausgrenzung des Menschen und seiner Tätigkeiten aus der Natur- und Kulturlandschaft begreifen die Bürger zunehmend als Bevormundung. Hier muss mit neuer Umweltpolitik den Menschen vor Ort wieder die Entscheidungsfreiheit zurückgegeben werden, ohne dass dadurch die Schönheit und Vielfalt unserer Heimat beeinträchtigt wird.

Die FDP bekennt sich zur Stärkung eines bezahlbaren Vertragsnaturschutzes. Der zu vereinbarende Maßnahmenkatalog des Vertragsnaturschutzes ist ein geeignetes Instrument, um in Kooperation mit der Landwirtschaft auf freiwilliger Basis Ziele des Natur-, Landschafts- und Trinkwasserschutzes umzusetzen. Kontinuität, Verlässlichkeit, Planbarkeit für die landwirtschaftlichen Betriebe und Effizienzsteigerung der naturschutzfachlichen Maßnahmen be-

stimmen dabei das Handeln, davon profitieren die Natur und die landwirtschaftlichen Betriebe gleichermaßen.

Boden ist ein knappes Gut und hochkomplexer Naturkörper, um den unterschiedliche Nutzungen konkurrieren. Die Nutzung des Bodens sollte daher so erfolgen, dass die natürlichen Verhältnisse berücksichtigt werden und nach Nutzungsaufgabe auch wiederhergestellt werden können. Das betrifft insbesondere den Rückbau von Industrie- und Agrarbrachen.

Sauberes Wasser ist neben sauberer Luft die wichtigste Grundlage allen Lebens auf unserer Erde. Um diese kostbare Ressource zu schützen, sind die Qualität des Grundwassers und der Gütezustand der Oberflächengewässer im Rahmen europäischer Vorgaben weiter zu verbessern. Dabei setzt die FDP vor allem auf die Kooperation mit der Landwirtschaft. Darüber hinaus sind zur Entlastung der Bürger bei der Abwasserbehandlung modernste Techniken und effizienteste Organisationsstrukturen gefordert. Dies kann von privatwirtschaftlichen Unternehmen oft genauso gut oder besser gewährleistet werden als durch den Staat.

Wie die Hochwasser in den vergangenen Jahren wieder vor Augen geführt haben, ist der Hochwasserschutz im Binnenland eine wichtige Daueraufgabe. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen entlang der Flussläufe durch ein umfassendes und nachhaltiges Hochwassermanagement geschützt werden.

Die Grüne Gentechnik bietet viele Chancen, die genutzt werden sollten, ohne dass dabei die Risiken außer Acht gelassen werden. Ohne die Grüne Gentechnik werden wir an der züchterischen Weiterentwicklung unserer Kulturpflanzen nicht mitwirken können. Resistenzen gegen Schadorganismen, Verbesserungen der Inhaltsstoffe von Kulturpflanzen zur Nutzung als Energiepflanzen für eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien, kostengünstige Arzneimittelproduktion in Pflanzen und Verbesserungen der Zellulosefasern sind einige der Perspektiven dieser Züchtungsmethode, die einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit erbringen. Über eine ausreichende und ehrliche Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte oder Zutaten ist die Wahlfreiheit der Verbraucher sicherzustellen.

Die landwirtschaftliche Urproduktion, Saatgutwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung i.w.S. darf nicht in den Händen weniger marktbeherrschender Konzerne oder Kartelle sein.

Die FDP nimmt bestehende Ängste von Landwirten und Verbrauchern ernst, wird die Forschung und Entwicklung sorgfältig beobachten und prüfen und ihre eigene Position danach ausrichten.

Umweltbildung ist die Grundlage in der Umweltpolitik, um für den Schutz der Umwelt und Natur eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Nur wer über die Schönheit und Vielfalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen informiert ist und sie versteht, ist auch bereit, sich selbst umweltbewusst zu verhalten und sich aktiv für den Schutz der Umwelt einzusetzen.

## 2. Schlauer sein als alle Anderen

Kaum ein Schüler **ohne** Smartphone – kaum ein Schule **mit** Notebooks. Das Bildungssystem von Sachsen-Anhalt ist von vorgestern. Die Forschungslandschaft ist unterfinanziert. Nirgendwo in Deutschland gibt es so viele Schüler ohne Schulabschluss wie bei uns. Die Regierung übergibt unseren Schülern und Studenten zum Start ins Leben die rote Laterne. Das muss und darf nicht so sein. Unsere Kinder haben genauso viele Talente wie alle anderen. Wir müssen sie nur richtig fördern.

### Gern in die Schule gehen

Als Freie Demokraten wollen wir unser Schulsystem vom 19. ins 21. Jahrhundert holen. Binnen 10 Jahren werden wir **jedem Schüler ein Notebook als Arbeitsgerät** anbieten. Wir werden den Lehrplan entschlacken und - in Zeiten von Google und Wikipedia - von der Wissensauf die Kompetenzvermittlung umsteigen. Uns geht es nicht darum wie die Schulform heißt, an die ein Schüler geht. Uns geht es darum, dass er dort möglichst viel für sein Leben lernt. Das kann bei jedem jungen Menschen etwas anderes sein. Weil wir unseren Lehrern vertrauen, werden wir im Rahmen von bundeseinheitlichen Bildungsstandards **mehr Kompetenzen an die Schule** abgeben. Dazu bedarf es guter, motivierter Lehrer, kleiner Klassen und einfach erreichbarer Schulstandorte. Wir Freie Demokraten werden daher die **Referendariatsplätze anheben, die Zahl der Neueinstellungen für Lehrer ausweiten und ihre Bezahlung verbessern**. Solange unsere Lehrer weniger verdienen als in unseren Nachbarbundesländern, müssen wir uns über Lehrermangel nicht wundern. Im Wettbewerb um die besten Köpfe ist diese Investition in unsere Zukunft notwendig.

Den Anschlag der Landesregierung auf die Schulstruktur in unserer Heimat werden wir beenden. Mit den Freien Demokraten wird es in Sachsen-Anhalt **keine Schulschließungen mehr** geben!

Dabei beginnt Bildung für uns Freie Demokraten sofort, in der Familie wie in der Kita. Die Kita ist die erste öffentliche Bildungseinrichtung. Jeder soll ein Recht auf den Besuch haben. Der Besuch muss aber auch für jeden bezahlbar sein. Bei der **Vereinbarkeit von Familie und**

**Beruf** hat Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren leider an Boden verloren. Das neue Kinderförderungsgesetz ließ die **Elternbeiträge** für Berufstätige explodieren. Diese Entwicklung werden wir rückgängig machen. Für **flexiblere Öffnungszeiten der Kindertagesstätten** – unabhängig vom Träger – werden wir uns zum Wohl der berufstätigen Mütter und Väter einsetzen.

## Jeden Tag dazu lernen

Seine Hochschulen hat kaum eine Regierung so kaputt gespart wie die von Sachsen-Anhalt. Die rote Laterne bei den Patentanmeldungen ist das Resultat der roten Laterne bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Wir Freie Demokraten haben mit tausenden Anderen dagegen protestiert. Dieser Sparwahn bei Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sägt an dem Ast, auf dem wir sitzen. Wir Freie Demokraten werden die Hochschulpolitik vom Kopf auf die Füße stellen und **Hochschulstruktur und Finanzierung besser aufeinander abstimmen**. Unser Ziel ist es, dass auch ein kleines Land wie Sachsen-Anhalt **Forschung** entwickelt, **in der wir Weltspitze sind** und **Lehre, die Strahlkraft hat** - Forschung und Lehre, die die Wirtschaft im Land nachhaltig prägen. Den Weg dahin kennen keine Politiker, sondern nur die Forscher selbst. Wir lassen sie diesen Weg beschreiten – mit freier Forschung und ohne das Gängelband der Politik.

Innovation entsteht auch im Unternehmen - beim Biochemiker, beim Informatiker, beim Elektriker und beim Schreiner. Die **Verzahnung zwischen Wissenschaft und Praxis** wollen wir ausbauen. Wir wollen Menschen **in der Ausbildung und in der Weiterbildung** dazu motivieren, die eigenen Ideen einzubringen. Denkverbote aus ideologischen Gründen, z.B. bei der innovativen Pflanzen- und Tierzucht, lehnen wir ab. Wir wollen täglich Neues lernen.

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert eine Bildungsinitiative 2025 für Sachsen-Anhalt, deren Ziel es ist, die Bildungschancen aller Bürger zu erhöhen und das Bildungssystem in Sachsen-Anhalt grundsätzlich zu stärken. Ziel ist nicht weniger als die beste Bildung. Dies ist nur mit starken Bildungseinrichtungen, vom Kindergarten bis zur Hochschule, zu erreichen, in denen den am Bildungsprozess Beteiligten (Eltern, Lehrern) mehr Freiheit und Eigenverantwortung überlassen wird. Mehr Freiheit und Eigenverantwortung bedeutet für uns, dass:

- Schulen und Hochschulen über ihre Bildungskonzeptionen und -angebote selbst entscheiden können und die Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen gestärkt werden,
- Eltern selbst entscheiden können, welche Schule für ihr Kind die Beste ist,
- Inklusion nicht nur gefordert, sondern auch finanziell und organisatorisch angegangen wird, aber Eltern weiterhin Mitspracherecht über eine inklusive Beschulung ihrer Kinder erhalten,
- die Durchlässigkeit des Bildungssystem so groß wie möglich ist und einem jeden Chancen zum Aufstieg gibt,
- junge Menschen ihren Fähigkeiten entsprechende Bildungs-Angebote erhalten.

Es muss endlich Schluss sein mit einer Bildungspolitik, deren Ziel es alleine ist, Kostenvorgaben des Finanzministeriums einzuhalten. Bildungspolitik muss das Fundament legen für die zukünftige Entwicklung unseres Landes. Im nationalen und internationalen Wettbewerb werden wir nur bestehen können, wenn wir den Weg hin zu einer Wissensgesellschaft konsequent gehen und die jungen Menschen bedarfsgerecht und auf ihre Fähigkeiten hin ausbilden und ihnen dennoch die Freiheit zur Selbstverwirklichung geben. Hier muss Bildungspolitik ansetzen und darf Entwicklungen, wie z.B. im Bereich Industrie 4.0 nicht verschlafen. Die Freien Demokraten fordern daher eine Bildungsinitiative, die folgende Aspekte berücksichtigt:

### Kindergarten

Bildungsprozesse beginnen bereits im vorschulischen Alter. Daher nehmen gerade Kindergärten eine wichtige Rolle in der frühkindlichen Bildung ein. Eine qualifizierte Ausbildung der Erzieher/innen ist daher ein wesentlicher Ansatzpunkt eines modernen Bildungssystems. Um diese Tätigkeit attraktiv zu gestalten, bedarf es einer gerechten und den Aufgaben entsprechenden Vergütung.

Die Freien Demokraten halten die KiföG-Novellierung für falsch. Die negativen Folgen für junge, berufstätige Eltern zeichnen sich bereits jetzt ab. Die Betreuung in Kindereinrichtungen muss auch für Erwerbstätige finanzierbar bleiben, um Familie und Beruf in Einklang bringen zu können. Wir treten für die Wiederherstellung der wesentlichen KiföG-Regelungen von 2004 ein, denn das selbstgesetzte Ziel der Landesregierung lautete: familienfreundlichstes Bundesland in Deutschland. Die Realität zeigt aber, dass dieses Ziel so nicht erreicht wird.

- Eltern gehen auf die Straße, weil die Kinderbetreuung nicht mehr bezahlbar ist. Und das trotz der mehr als 60 Millionen Euro, die das Land in diesen Politikbereich hineingegeben hat.

- CDU und SPD haben mit ihrer KiFöG-Novelle allen Kindern eine Ganztagsbetreuung gesichert – auch denen, deren Eltern nicht beide erwerbstätig sind. Zugleich wird Kindern, deren Eltern beide arbeiten, durch die hohen Kosten die Betreuungszeit eingeschränkt oder sogar ganz verwehrt. Diese Entwicklung zeigt sehr deutlich, dass die ohnehin finanziell gebeutelten Kommunen die Folgen der Gesetzesnovelle finanziell nicht gestemmt bekommen und notgedrungen die Lasten auf die Eltern verteilen.

Das ist dreifach unfair gegenüber den Kommunen, die die Kompetenz für die Kinderbetreuung an die Kreise verloren haben, gleichzeitig höhere Lasten dafür schultern müssen und mit dem berechtigten Protest der Eltern konfrontiert sind, der doch allein dem Gesetzgeber gebührt. Und es ist unfair gegenüber den erwerbstätigen Eltern, die mit ihren Steuern die Sozialleistungen für nicht erwerbstätige Eltern erwirtschaften, in der Praxis der Kinderbetreuung jetzt oft schlechter gestellt sind als diese.

Für die FDP steht fest: Kinderbetreuung muss für junge Eltern bezahlbar bleiben. Die Kommune muss Gebühren so gestalten, dass Eltern, die arbeiten, dies auch mit der Erziehung ihrer Kinder in Einklang bringen können. Die Praxis der Kinderbetreuung zeigt: Die Landesregierung ist mit ihrem selbstgesetzten Ziel gescheitert. Sie sollte die absehbare Schlappe vor dem Landesverfassungsgericht zu einer grundlegenden Reform des KiFöG nutzen.

Für die Novelle des Kinderförderungsgesetzes sind für die Liberalen folgende Punkte maßgeblich:

Jedes Kind in Sachsen-Anhalt hat einen Anspruch auf eine gute Betreuung und Bildung in einer Einrichtung zur Kinderbetreuung und ein Recht auf Erziehung, Betreuung und Bildung durch die Eltern. Die quantitative Ausgestaltung der öffentlichen Betreuung richtet sich über den durch Bundesrecht normierten Anspruch hinaus nach dem Bedarf der Kinder und ist etwa in der beruflichen Tätigkeit beider Elternteile begründet.

Die Betreuung der Kinder etwa bei der Berufstätigkeit beider Elternteile muss auch für junge Familien mit geringeren Einkommen finanzierbar sein. Die neue Gesetzeslage hat zu erheblichen Kostensteigerungen bei den Elternbeiträgen geführt, vor allem in den Kommunen, die sich in der Haushaltskonsolidierung befinden. Die Festschreibung des Elternanteils an den Gesamtkosten bei bis zu 50 Prozent ist zu streichen. Die Verlagerung der Zuständigkeit von den Gemeinden auf die Landkreise erfolgte ohne Grund und ist zu korrigieren.

In der aktuellen Fassung ist de facto kein gültiger Betreuungsschlüssel vorhanden. Die angegebenen Zahlen berücksichtigen nicht Urlaub, Krankheit und Fortbildung der Erzieher. Der derzeitige Schlüssel ist lediglich ein Durchschnittswert pro Jahr und Einrichtung. Es ist zwingend ein verbindlicher Betreuungsschlüssel wieder einzuführen, der auch den gestiegenen Anforderungen der Bildungsarbeit durch die Erzieher gerecht wird.

Die Zugangsvoraussetzungen zur Anerkennung als Fachkraft sollten den aktuellen Bedingungen des Arbeitsmarktes angepasst werden. Die Übertragung der Entscheidung darüber auf die Landkreise führte zu einer Verschlechterung. Auch die Anerkennung ausländischer pädagogischer Fachkräfte sollte überprüft werden.

gogischer Abschlüsse muss dringend verbessert werden. Flächenobergrenzen, bzw. eine Deckelung der geförderten Fläche durch die Kommunen muss sich am pädagogischen Konzept der Einrichtung orientieren und darf nicht schematisch erfolgen.

### Grundschulbereich

Zur besten Bildung gehört für die Freien Demokraten ein enges Netz öffentlicher und privater allgemeinbildender Schulen mit einem abgestimmten öffentlichen Personennahverkehr. Kein Grundschüler soll länger als eine halbe Stunde zur Schule fahren. Damit wird nicht nur eine gute Bildung, sondern auch eine wohnortnahe Beschulung gesichert. Dies ist in allen dünn besiedelten Regionen Europas ein wichtiger Ansatz, um der Landflucht vorzubeugen. Das Land legt auf Basis dieser Grundannahmen eine Schulnetzplanung vor, die mit einer seriösen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung untersetzt wird.

Alle Grundschulen können sich im Rahmen einheitlicher Bildungsstandards ein eigenes pädagogisches Konzept erarbeiten. Gerade in dünnbesiedelten Regionen unseres Landes gehören dazu auch Konzepte, die es dem Land ermöglichen, die „Schule im Dorf zu lassen“ wie homelearning, jahrgangsübergreifendes Lernen, Unterricht per Internet etc...

### Weiterführende Schulen

Die FDP Sachsen-Anhalt bekennt sich klar zum mehrgliedrigen Schulsystem. Dieses fördert die unterschiedlich ausgeprägten Talente junger Menschen. Praxisorientierte Schüler müssen genauso gute Bedingungen vorfinden, wie Schüler, die ein Studium anstreben. Die Durchlässigkeit der Schulformen ist zu sichern, aber nicht das Abitur zum Schulabschluss für alle zu machen. Die Abschlüsse an der Sekundar- und Gemeinschaftsschule müssen gemeinsam mit der dualen Ausbildung ein gutes Fundament für den Start in das Berufsleben bieten. Handwerkliche und technische Berufsausbildungen sind in Sachsen-Anhalt gleichrangig zum Abitur zu sehen.

Für das Abitur müssen in Deutschland die gleichen Standards gelten, und auch wie 2012 in Teilen beschlossen, umgesetzt werden. Die Abstimmungen zu den Abiturvorgaben mit Bayern, Sachsen, Hessen und Thüringen sind der richtige Weg. Es muss unser Ziel sein, eine Abstimmung aller Länder auf hohem Niveau zu erreichen. Unser Ziel ist: Bildung in Sachsen-Anhalt muss die beste Bildung im Ländervergleich sein. Hierzu brauchen wir einen Wettbewerb um die besten Konzepte. Dieser Wettbewerb zwischen den Schulen soll durch die Öffnung der Schulbezirke erreicht werden. So werden Schulen motiviert, sich neben der verpflichteten Allgemeinbildung auf Kernkompetenzen zu konzentrieren, um sich ein Alleinstellungsmerkmal zu geben. Dies erhöht den Wert der Bildung und bietet den Lehrern die Mög-

lichkeit auf die Interessen und Stärken der Schüler besser einzugehen. Dabei können individuelle Bildungskonzepte entlang des mehrgliedrigen Schulsystems umgesetzt werden.

## Inklusion

Für Liberale steht der Mensch mit seinen individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen im Zentrum ihrer Politik. Ziel der FDP Sachsen-Anhalt ist es mehr Freiheit für mehr Menschen zu ermöglichen. Wir wollen, dass alle – so wie sie sind – am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und die Chance zum Aufstieg durch Bildung erhalten. Menschen mit körperlichem bzw. geistigem Handicap haben es dabei ungleich schwerer. Wir setzen uns dafür ein, das abzubauen, was Menschen hindert gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Die FDP Sachsen-Anhalt tritt dafür ein, dass Eltern (Erziehungsberechtigte) wählen können, ob ihr Kind an einer für das Kind geeigneten Schule inklusiv oder an Förderschulen beschult wird. Wir wollen, dass Allgemeinbildende Schulen so ausgestattet werden, dass Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen und Beeinträchtigungen entsprechend ihres individuellen Förderbedarfs erfolgreich unterrichtet werden können.

Damit Eltern und Erziehungsberechtigte die aus ihrer Sicht bestgeeignete Art der Beschulung wählen können, sind Förderschulen zu erhalten. Durch den bedarfsgerechten Erhalt von Kindergärten und Schulen für Schwerstmehrfachbehinderte wird sichergestellt, dass einige überhaupt beschult werden können und nicht als nicht-beschulbar aus dem System fallen.

## Zukunftsorientierte Bildung

Das Bildungssystem muss und soll Chancen der digitalen Welt nutzen und fördern (Stichwort digitales Klassenzimmer etc.). Damit verbunden ist die Vernetzung der Lernräume verschiedener Bildungseinrichtungen (zum Beispiel: Universitäten mit Klassenräumen). Hierzu ist es wichtig, dass auch gerade der ländliche Raum mit Datennetzen versorgt wird, die auf dem Stand der Technik sind. Hier muss Sachsen-Anhalt die Rahmenbedingungen schaffen, damit eine Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Forschungseinrichtungen und Wirtschaft gestärkt werden kann und so die Bildung auch die nötigen Impulse und Innovationen erhält, die sie zur besten Bildung macht.

Die FDP Sachsen-Anhalt macht sich zudem für eine Ausweitung der Begabtenförderung in allen Fächern und für den Erhalt und Schaffung von außerschulischen Lernorten stark. Beide Förderkonzepte stellen eine Erweiterung zu klassischen Bildungseinrichtungen dar und können, durch die jeweilige Spezialisierung, Wissen, das über den Schulstoff hinausgeht, transportieren.

## Berufsbildung

Das Berufsbildungssystem (vor allem das Duale System) entwickelt Fachkräfte in vielen Bereichen, die ebenso eine hohe Anerkennung in der Gesellschaft genießen. Die Berufsbildung ist einer der Motoren der deutschen Wirtschaft. Jeder Auszubildende kann ein Meister werden und damit ein Leistungsträger unserer Gesellschaft. Das Duale System braucht hierbei keine neuen finanziellen Zuwendungen, aber mehr Freiheiten in der Durchführung der Ausbildungen, bei der Anwerbung von zukünftigen Fachkräften und Unterstützung in der Anerkennung. Die Stärkung der Berufsorientierung bis hin in die Gymnasien ist hierbei ein wichtiger Ansatz.

## Weiterbildung

Die Weiterbildung als Teil des lebenslangen Lernens gewinnt immer weitere Bedeutung. Sie ist nicht zuletzt eine Grundvoraussetzung für soziale Teilhabe, gesellschaftliche Partizipation, Integration und Chancengerechtigkeit eines jeden Einzelnen.

Neue Arbeitsprozesse und sich immer wandelnde Anforderungen im Beruf machen die Weiterbildung zu einem essentiellen Teil des eigenen beruflichen Alltags. Ebenso bestimmt die Qualifikation und die Kompetenzen der Mitarbeiter maßgeblich auch den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen. Hier gilt: wer sich nicht weiterbildet bzw. wer nicht weiterbildet, verliert schnell den Anschluss. Daher muss es Ziel sein, die Weichen für eine gute und nachhaltige berufliche Weiterbildung zu stellen. Hierzu gehört zum einen das Gespräch mit Anbietern von Weiterbildungen (u.a. auch Hochschulen) zu suchen und einen Diskurs über die vorhandenen Formen beruflichen Weiterlernens zu starten und diese ggf. zu hinterfragen und neu auszurichten, aber ebenso den Aufklärungsbedarf bei Arbeitnehmern und Unternehmen im Bereich der Weiterbildung zu decken.

## Hochschulbereich

Die Universitäten und Hochschulen unseres Landes müssen ihre Potentiale besser ausschöpfen können. Der Wissenschaftsrat hat eingeschätzt, dass die beiden Universitäten das Potential haben, zumindest in jedem Fachbereich einzelne Schwerpunkte entwickeln zu können, die national und sogar international wahrgenommen werden. Ebenso gibt es zahlreiche Ansatzpunkte für die Verbesserung der Lehre.

Das Land kann von den Hochschulen erwarten, dass sie die Empfehlungen zur qualitativen Verbesserungen aufnehmen und nutzen. Gleichzeitig können die Hochschulen vom Land eine angemessene Finanzierung der Grundstrukturen erwarten, die nach 10 Jahren neu jus-

tiert und an den geänderten Studierendenzahlen ausgerichtet werden müssen. Die Mittel, die der Bund aus Hochschulpaktmitteln zur Verfügung gestellt hat, müssen genutzt werden, um diesen Prozess zu gestalten. Wie zwischen den Schulformen gilt auch zwischen den Hochschulen, dass eine Durchlässigkeit existieren muss, bis hin zur Promotion.

### Lehrerausbildung

Die Ausbildung der Lehrer stellt ein wichtiges Element der Bildungsinitiative dar. Lehrpläne müssen an die zukünftigen Herausforderungen einer zunehmenden Digitalisierung des täglichen Lebens schon heute angepasst werden. Dabei spielen auch Fragen eines bewussten Umgangs mit seinen persönlichen Daten im Internet eine zentrale Rolle. Ebenso werden Lehrer viel mehr als bisher mit Fragen der Inklusion konfrontiert. Dies muss sich auch in der Ausbildung der Lehrer widerspiegeln. Dies setzt neben einer attraktiven Vergütung bedarfsgerechte und kontinuierliche Fortbildungsmöglichkeiten voraus.

Nicht zuletzt muss das Land Sachsen-Anhalt auch seiner Verpflichtung nachkommen und in Zukunft ausreichend Referendarstellen anbieten. Hier wurden zu lange Entwicklungen verschlafen, so dass die Gefahr besteht, dass Sachsen-Anhalt den Lehrerbedarf zukünftig nicht mehr qualifiziert abdecken kann. Diese Fehlentwicklung muss gestoppt werden.

## 3. Wohlstand in Sicherheit genießen

Wer den ganzen Tag lernt, arbeitet und sich um die Familie kümmert, der will seine Freizeit und seinen verdienten Wohlstand entspannt genießen können. Die enormen Zuwachsraten bei Haus- und Wohnungseinbrüchen, Autodiebstählen und Raub- und Drogendelikten erschweren dies in den letzten Jahren. Sie verletzen das Sicherheitsempfinden der Menschen empfindlich. Unsere Landesregierung hat das Problem verschärft, indem sie Polizeidienststellen geschlossen, die Anzahl der Polizisten reduziert und sich mit der Aufstellung einer prestigeträchtigen Reiterstaffel vergaloppiert hat.

### Polizisten, die uns helfen

**Sicherheit in allen Landesteilen** ist unser Ziel. Dafür brauchen wir Polizei vor Ort. Eine Polizei, die ihre **Prioritäten klar auf die Verbrechensbekämpfung** legen kann. Gemeinsam mit

den Polizeigewerkschaften setzen wir Freie Demokraten auf **Verbrechensaufklärung statt Blitzermarathon, Polizisten vor Ort statt Videoüberwachung** und die **Bekämpfung von Drogenbanden statt der Kriminalisierung von Cannabiskonsumenten**. Die **Erhöhung der Polizistenanzahl, der Präsenz an Kriminalitätsschwerpunkten und der Kriminalbeamten** sind genauso unsere Mittel wie eine Ausstattung, die den Schutz und den effektiven Arbeitseinsatz gewährleistet – von der Schutzweste über das Funkgerät bis zum modernen PC.

### Gerichte, die schnell handeln

Rechtssicherheit hängt an einer zuverlässigen Justiz. Rechtssicherheit und das Vertrauen in unseren Rechtsstaat hängen aber auch an einer Justiz, die **Verfahren schnell durchführen** kann, damit das Urteil mit der Tat noch in einem zeitlichen Zusammenhang steht. Mit der Justizreform hat die Regierung vielerorts funktionierende Strukturen zerschlagen. Die Sinnhaftigkeit dieser Reform werden wir als Rechtsstaatspartei kritisch überprüfen und Fehler korrigieren. Zur schnelleren Herstellung des Rechtsfriedens sehen wir die **Notwendigkeit zusätzlicher Richter, Rechtspfleger und Justizvollzugsbeamte einzustellen**.

Die Liberalen bekennen sich zur Freiheit der Bürger, die in eigener Verantwortung ihr Leben gestalten. Dabei beschränken sich die Aufgaben des Staates darauf, die Freiheitsrechte der Bürger zu sichern. Das Recht der Bürger auf Sicherheit bedingt sich aus ihren Freiheitsrechten. Folgerichtig tritt in der Abwägung die Sicherheit im Zweifel immer hinter die Freiheit zurück. Die Verteidigung der Bürgerrechte gegen immer neue Eingriffe zum angeblichen Schutz der Allgemeinheit bleibt unser Anliegen. Mangelnder Mut zu Freiheit und Verantwortung führt zu staatlicher Vereinnahmung und Bevormundung. Jeder Eingriff in die Bürgerrechte muss erforderlich, geeignet und angemessen sein. Denn nicht jede rechtstaatliche Maßnahme ist angemessen und nicht jede machbare auch geeignet. Jeder Eingriff muss später einer Evaluierung standhalten.

Für uns Liberale ist klar, der Staat muss seine Bürger schützen und der Staat muss die Freiheiten seiner Bürger schützen. In den vergangenen Jahren sind viele Versuche unternommen worden, die Freiheit der Bürger und ihre Rechte einzuschränken. Zumeist wird argumentiert, dies sei für die Sicherheit der Bürger und oder des Staates notwendig. Einige behaupten gar, die Freiheitsrechte der Bürger müssen hinter den Sicherheitsinteressen des Staates zurücktreten. Dem stellen wir Liberale uns entgegen. Für uns gilt: „Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit, aber auch keine Sicherheit ohne Freiheit“. Jede gesetzliche Regelung und jede Maßnahme muss einen Gewinn an objektiver Sicherheit bringen und die Einschränkung der Bürgerrechte muss verhältnismäßig sein.

Für Sachsen-Anhalt bedeutet dies, die bestehenden sicherheitsrechtlichen Regelungen fortlaufend auf die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit zu überprüfen. Neben den gesetzlichen Grundlagen sind auch eine ausreichende personelle Stärke und eine angemessene Sachausstattung der Sicherheitsbehörden zu garantieren. Maßstab für Legitimität und Umfang staatlichen Handelns sind dabei die unabwiesbar notwendigen Vorkehrungen zum Schutz von Leib, Leben und Eigentum und damit der Freiheitsrechte der Bürger. Art und Umfang dieser Vorkehrungen leiten sich ab aus den zu erwartenden wahrscheinlichsten Bedrohungen für diese Güter.

Es bedarf neben soliden gesetzlichen Grundlagen auch einer ausreichenden personellen und materiellen Ausstattung der mit den Aufgaben der Daseinsvorsorge und Landesverteidigung betrauten Institutionen wie **Sicherheitsbehörden und Zivil- und Katastrophenschutzeinrichtungen** des Landes Sachsen-Anhalt. Insbesondere die Bundeswehr trägt in einem vernetzten gesamtstaatlichen Ansatz mit ihren Fähigkeiten im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zum Schutz der Bürger und Bürgerinnen sowie von lebenswichtiger Infrastruktur im Inland bei. Daher ist die Ausgestaltung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit eine wichtige Voraussetzung für den optimalen Einsatz von Truppenteilen und Dienststellen der Bundeswehr zur Unterstützung ziviler Behörden im Rahmen der Bewältigung von Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen nach dem Subsidiaritätsprinzip.

Die Privatsphäre der Menschen ist heute und in Zukunft unabdingbar für die Freiheit. Diese Privatsphäre muss auch in der Informationsgesellschaft mit rasanter technischer Fortentwicklung durch den Staat garantiert werden.

Eine gut funktionierende und unabhängige **Justiz** stellt einen positiven Standortfaktor dar. Bürgernähe und eine gute personelle sowie sachliche Ausstattung von Gerichten und Staatsanwaltschaften stehen hierbei im Vordergrund.

Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit höchst unterschiedlicher Einwohnerdichte. Dies stellt den Staat bei der Erfüllung einer seiner Kernaufgaben, der Gewährleistung der Inneren Sicherheit, vor eine große Herausforderung. Neben den rechtlichen Grundlagen und Organisation kommt es besonders auf personelle wie sachliche Ausstattung der Polizei Sachsen-Anhalt an. Auch wenn die sachliche Ausstattung der Polizei in den vergangenen Jahren, zu meist auf Initiative der FDP, sich kontinuierlich verbessert hat, gilt es diese auch in den kommenden Jahren weiter zu verbessern.

CDU und SPD verfolgen seit Jahren einen Personalabbau ohne einhergehende Aufgabenkritik und ohne Prüfung der langfristigen Auswirkungen. Den zunehmenden Personalmangel kann auch die hohe Motivation der Beamten nicht mehr ausgleichen. Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass zukünftig die **Präsenz der Polizei auch in der Fläche** gewährleistet wird, dazu hätten seit Jahren mehr Neueinstellungen erfolgen müssen. Ein weiteres Abwarten führt zu einer Gefährdung der Inneren Sicherheit.

Die Aufgabe des Brandschutzes, die in Sachsen-Anhalt in der Fläche von den **Freiwilligen Feuerwehren** erfüllt wird, stellt die Städte und Gemeinden bei zunehmendem Bevölkerungsrückgang und einer hohen Zahl von Arbeitsplätzen abseits des Wohnortes vor eine große Herausforderung. Schon heute ist leider festzustellen, dass eine Vielzahl der Freiwilligen Feuerwehren für sich betrachtet, nicht mehr rund um die Uhr einsatzfähig sind. Da das ehrenamtliche Engagement der Kameraden gerade aus der hohen Verbundenheit zu ihrem Umfeld herrührt, sind Zwangsfusionen eher kontraproduktiv. Gleiches gilt, wenn die rechtlichen und technischen Anforderungen aufgeweicht werden. Wir Liberale halten die freiwillige Kooperation mehrerer Ortswehren, die sich zudem auch spezialisieren könnten, für Erfolg versprechender. Zudem müssen auch von der Politik weitere Anstrengungen unternommen werden, dass ehrenamtliche Engagement zu würdigen.

#### 4. Sachsen-Anhalt machen wir Bürger

Über 2 Millionen Menschen leben in unserem schönen Land. Für uns ist jeder Einzelne ein mündiger Bürger, den wir ernst nehmen. Ein Bürger, dessen individuelle Freiheit wir respektieren und für die wir uns einsetzen. Als Freien Demokraten wollen wir jeden Bürger seinen Weg gehen lassen. Wir wollen ihn nicht bevormunden, sondern unterstützen ihn in seinen Zielen. **Wir ermutigen jeden, sich in die Gesellschaft einzubringen und sie aktiv mitzugestalten.**

Eine freie und selbst bestimmte Bürgergesellschaft lebt von der Eigenverantwortung und Initiative ihrer Bürger. Dadurch ist sie in der Lage, sich selbst zu tragen und ohne übertriebene staatliche Einflussnahme zu existieren und Defizite bei der Wahrnehmung von Verantwortung durch staatliche Stellen zu kompensieren.

Das **Ehrenamt** ist vielfältig. Alle Aktiven übernehmen freiwillig und unentgeltlich wichtige Aufgaben in unserer Gesellschaft. Ihr Einsatz ist unverzichtbar und von hohem Wert für Einzelne, Gruppen und für die Gesellschaft. Das Ehrenamt rekrutiert sich aus dem Potential von Bürgern, die bereit sind, sich mit ihrer freiwilligen Leistung und ihren Kompetenzen einzubringen. Gerade die Förderung und der Erhalt des politischen Ehrenamtes sind für die Verankerung der Demokratie im Bewusstsein der Bevölkerung unverzichtbar. Diese Kultur wollen wir schon in der Schule fördern.

Das Ziel von Liberalen ist die Schaffung von optimalen Rahmenbedingungen für die Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeiten sowie die Werbung für eine höhere gesellschaftliche

Akzeptanz des Ehrenamtes. Dies erhöht die Anreize zur Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements ist es nötig:

- Ehrenamtlichen einen ausreichenden Versicherungsschutz zu bieten. Eine Anlehnung an die Privilegien der Beamten ist anzustreben. Dadurch könnte eine Haftung nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit geltend gemacht werden.
- Verwaltungsvorschriften, Verwendungsnachweise und Antragsunterlagen weitestgehend zu vereinfachen und zu vereinheitlichen.
- Ehrenamtlich Tätige fachspezifisch und auch fachübergreifend fortzubilden.
- Kommunalstrukturen vorzuhalten, die die unverzichtbare Tätigkeit des Ehrenamtes auch ermöglichen. Dies ist beispielsweise in Großkreisen nicht denkbar.
- Unbare Leistungen als Eigenleistungen der Träger anzuerkennen.
- Eine Haftungsbeschränkung ehrenamtlicher Vereinsvorstände sowohl in rechtlicher, wie in finanzieller Hinsicht einzuführen.

Diese Mitgestaltung passiert vor allem am Wohnort – dem Lebensmittelpunkt der Menschen. Das Land hat sich vielfach auf Kosten der Kommunen, die den örtlichen Rahmen für dieses Engagement bieten, saniert. Auch bei der Finanzausstattung der Kommunen trägt Sachsen-Anhalt die rote Laterne. Der Wegfall von Anlaufpunkten für ehrenamtliches Engagement war die Folge. Dies ist besonders im ländlichen Raum zu spüren. Diese **Überlastung der Bürger und ihrer Kommunen werden wir stoppen.**

Die Kreise, Städte und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt sind der Garant für Demokratie, Vorsorge und Solidarität vor Ort. Neben Recht und Gesetz sind es vor allem die zwischenmenschlichen Beziehungen des Alltags, die das Funktionieren dieser ältesten Form staatlichen Handelns bedingen.

Theodor Heuss hat einmal gesagt „Die Gemeinden sind wichtiger als der Staat“. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Gradmesser für Teilhabe der Bürger und somit letztlich für die konkrete Ausgestaltung von Demokratie vor Ort. Deshalb steht die FDP für die Stärkung der Städte, Gemeinden und Landkreise in Sachsen-Anhalt.

Verwaltungsstrukturen müssen effizient arbeiten. Hierbei bekennt sich die FDP zur Einheits-

gemeinde als grundsätzlich effizienteste Verwaltungseinheit. Ein ganz maßgeblicher Faktor ist aber ebenfalls die Akzeptanz und die heimatliche Verbundenheit der Bürger mit ihren Gemeinden. Deshalb haben wir flächendeckende Eingemeindungen per Zwang konsequent abgelehnt. Die Entwicklung der vergangenen Legislatur zeigt, wie falsch die Entscheidung der Regierung aus CDU und SPD war, die Kommunen zwangsweise zu fusionieren.

### **Starke Kommunen brauchen ausreichende finanzielle Rahmenbedingungen**

Um zukünftigen Generationen notwendige Gestaltungsspielräume zu eröffnen, müssen gerade die Kommunen ihre finanziellen Spielräume zurückgewinnen. Das setzt gesunde Finanzen voraus, will man es nicht nachfolgenden Generationen aufbürden, die hinterlassenen Schuldenberge abzutragen.

Bund und Land sind gefordert, die finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Kommunen zu verbessern. Dazu zählt eine umfassende Neuordnung des kommunalen Finanzierungssystems. Die Kommunen brauchen eine solide, unbürokratische und konjunkturunabhängige Finanzgrundlage. Ziel ist nicht ein bloßes Mehr an Einnahmen, sondern eine transparente Verteilung der Finanzmittel, die sich an den konkret zu erfüllenden Aufgaben bei den verschiedenen Ebenen unseres Staates orientiert. Hierbei muss auch in einem ausreichenden Maß die Sicherung der Finanzausstattung für die so genannten freiwilligen Aufgaben der Kommunen gegeben sein.

Basis liberaler Finanzpolitik ist ein offener Diskussionsprozess über den notwendigen Umfang und die Qualität der öffentlichen Aufgaben auf der kommunalen Ebene. Die Gemeinden und Landkreise müssen sich darüber klar werden, welche Aufgaben sie zukünftig noch in welcher Qualität wahrnehmen wollen und können.

### **Wer eine Leistung anordnet, hat sie auch zu bezahlen.**

Gesetze, die Kommunen belasten, müssen einen vollständigen finanziellen Ausgleich vorsehen. Es ist deshalb auch unerlässlich, für das Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Kommunen ebenfalls das Konnexitätsprinzip verfassungsrechtlich zu verankern.

Die FDP will auch auf kommunaler Ebene ein Bewusstsein für konsequente Schuldenbegren-

zung und Schuldenabbau durchsetzen.

Um zukünftig den Kommunen die Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben im eigenen Wirkungskreis zu ermöglichen, sollte eine Entstaatlichung der Gemeinden geprüft werden.

Inzwischen ist der Aufwand im übertragenen Wirkungskreis häufig größer, als die Zuweisungen des Landes betragen, so dass den originären Funktionen das Geld entzogen wird. Außerdem unterminiert die Unzuständigkeit des gewählten Rates für einen Großteil der vor Ort erledigten Aufgaben das Demokratieverständnis der Bürger.

Die Kommunalaufsicht muss wieder der Bedeutung ihrer Aufgabe entsprechend handeln. Allzu oft mündete mangelnde Fachaufsicht oder falsch verstandene Überbetonung der kommunalen Eigenständigkeit in Minder- oder Fehlerfüllung staatlicher Aufgaben. Hier bedarf es eines Haftungstatbestandes der Aufsicht.

### **Starke Kommunen brauchen Gestaltungsfreiheit**

Nach der Verringerung der Zahl der Landkreise und Gemeinden müssen diesen nun endlich im Rahmen einer substantiellen Funktionalreform Aufgaben übertragen werden. Ihnen, wie etwa im Bereich KiföG Aufgaben zu entziehen ist der falsche Weg. Die FDP setzt sich nach wie vor für die Übertragung von Aufgaben ein, etwa der Schulaufsicht sowie der Unterhaltung der Landes- und Bundesstraßen auf die Landkreise.

Auch zwischen den Landkreisen und Gemeinden muss die derzeitige Aufgabenverteilung überdacht werden. Im Rahmen einer so genannten „interkommunalen Funktionalreform“ muss geprüft werden, welche Aufgaben künftig von den Städten und Gemeinden in Sachsen-Anhalt übernommen werden können.

Die FDP wird sich für eine Zusammenführung der gesetzlichen Regelungen, die die Kommunen betreffen in einem Kommunalverfassungsgesetzbuch einsetzen, um zur Rechtsvereinfachung beizutragen und die Rechtsanwendung zu erleichtern.

## Unsere Willkommenskultur heißt Grundgesetz

Deutschland und Sachsen-Anhalt sehen sich einem Flüchtlingsstrom gegenüber, wie wir ihn seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben. Aufgabe der Politik ist es nun **pragmatische Lösungen** für diese Herausforderungen zu entwickeln.

Wir Freie Demokraten stehen zum **Recht auf Schutz und Asyl in der EU**. Gerade jetzt ist dabei der Schutz der Betroffenen wichtiger als langwierige Asylverfahren. Wer vor Krieg, Verfolgung und Gewalt flieht, hat ein Recht auf Zuflucht, solange ein friedliches und sicheres Leben in seiner Heimat nicht möglich ist. Ein Recht darauf, das Zielland der Flucht frei zu wählen, besteht hingegen nicht.

Als Rechtsstaatspartei setzen wir auf eine **geordnete Verteilung der Lasten** innerhalb der 28 Mitgliedsstaaten der EU. Staaten, die sich dieser europäischen Solidargemeinschaft entziehen, müssen sanktioniert werden.

Die **Verfahren zur Anerkennung** wollen wir **straffen**. **Personen aus Bürgerkriegsländern** ist für die Dauer des Krieges **generell und ohne Einzelfallprüfung Schutz zu gewähren**. Im Gegenzug wollen wir die **Liste der sicheren Herkunftsländer verantwortungsvoll erweitern** und den großen Anteil der Wirtschaftsflüchtlinge durch **zeitnahe und konsequente Rückführung** minimieren. Gerade in der jetzigen angespannten Situation haben wir weder das Verständnis noch die Kapazitäten, unberechtigte Asylbewerber zu versorgen, die nach Deutschland nur wegen des berechtigten Wunsches auf ein besseres Leben kommen. Für diese Menschen brauchen wir ein **Einwanderungsgesetz**, welches sich an den deutschen wirtschaftlichen Interessen orientiert.

Den anerkannten Flüchtlingen wollen wir die **Integration in die deutsche Gesellschafts- und Werteordnung** durch intensive Sprachkurse - und Integrationskurse zu den **Werten des deutschen Grundgesetzes**, wie etwa der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Meinungs- und Pressefreiheit, der Gewaltenteilung und der Trennung von Religion und Staat, erleichtern. Die deutsche Sprache und die Anerkennung unserer Werteordnung sind die Schlüssel zur Integration.

Sachsen-Anhalt wurde in diesem Jahr von einem Zustrom von Flüchtlingen überrascht, der die vorgehaltenen Kapazitäten überfordert. Unabhängig davon, ob die Landesregierung schneller hätte reagieren müssen, haben jetzt die menschenwürdige Unterbringung und

elementare Hilfen, wie Nahrung, Kleidung und medizinische Versorgung Priorität. Die provisorischen Zeltstädte in den Erstaufnahmen müssen durch feste Unterkünfte ersetzt sein.

Perspektivisch stellen die Freien Demokraten an die Regierungen in Bund und Land folgende Forderungen:

- 1) Der Stau bei den Asylanträgen muss beseitigt und die Verfahren beschleunigt werden. Dazu brauchen wir mehr Mitarbeiter im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Dafür müssen geeignete Mitarbeiter aus allen Bundesbehörden abgeordnet werden. Der Bund muss seine Priorität klar festlegen. Statt tausende Bundesbedienstete mit der Kontrolle der bürokratischen Mindestlohnvorschriften zu beschäftigen, muss eine verantwortungsvolle Politik sie dort einsetzen, wo sie dringend benötigt werden. Auch die Länder können dem Bund – etwa auf dem Weg der Abordnung – kurzfristig Personal zur Verfügung stellen.
- 2) Generell dürfen neue Verfahren nicht länger als drei Monate dauern. Flüchtlinge müssen möglichst schnell aus den Erstaufnahmestellen in die Kommunen ziehen können. Dadurch kann auch die Integration vor Ort früher beginnen und den verfolgten Menschen ein Stück Lebensnormalität bringen. Um diese Situation zu bewältigen, sind alle Stellen der öffentlichen Hand aber auch die Zivilgesellschaft gefordert.
- 3) Die Verfahren zur Anerkennung wollen wir straffen. Personen aus Bürgerkriegsländern ist für die Dauer des Krieges generell und ohne Einzelfallprüfung Schutz zu gewähren.
- 4) Dagegen sind andere Länder – etwa vom Westbalkan – zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Hier bestehen in der Regel keine Fluchtgründe wegen Bedrohung von Leib und Leben. Diese Menschen verlassen ihre Heimat, um sich bei uns ein besseres Leben für ihre Familien aufzubauen. Das ist verständlich, darf aber nicht die Asylverfahren von Verfolgten und Flüchtlingen belasten. Deshalb sollten wir Ihnen bereits in ihren Heimatländern andere Möglichkeiten eröffnen, zu uns zu kommen, sofern sie auf unserem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Informations- und Bewerbungszentren in den Herkunftsländern können erste Anlaufstellen sein. Diese können Arbeitsvisa für Fachkräfte ausstellen. Wer bei uns Arbeit findet, Steuern und Sozialabgaben zahlt, ist uns mit seiner Familie willkommen. **Dafür fordern wir ein Einwanderungsgesetz.**
- 5) Wer keinen Asylgrund und auch keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz hat, muss umgehend in sein Heimatland zurückkehren, notfalls per Abschiebung. Auch diese Verfahren dürfen nicht länger als drei Monate dauern, damit sich Integrationsbemühungen auf diejenigen konzentrieren, die bei uns bleiben.

Bis dies umgesetzt ist, muss gelten:

- 6) Der beste Weg zu einer gelungenen Integration führt über die Sprache. Daher bedarf es – ganz gleich ob Asyl oder Arbeitsplatz gesucht werden – zuerst der Feststellung der Sprachkenntnisse und sofort nach Feststellung des Aufenthaltstitels, des Angebotes von Sprach- und Integrationskursen. Die Teilnahme sollte für den Antragsteller kostenlos, aber verpflichtend sein. Sie müssen flächendeckend in ausreichender Anzahl angeboten werden; es darf nicht sein, dass die Integrationschancen eines Menschen davon abhängen, in welcher Region man ihm eine Unterkunft zugewiesen hat. Gerade Kindern mit Sprachdefiziten müssen wir helfen: Ihnen muss die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen so früh wie möglich nach Ankunft in Deutschland ermöglicht werden. Ist der Aufenthaltstitel noch unklar, sollen die bestehenden Ehrenamtsprojekte im Bereich des Sprachunterrichtes bereits an die deutsche Sprache und Kultur heranzuführen.
- 7) Wer seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann, gewinnt Selbstvertrauen und ist auf dem besten Weg, in die Gesellschaft integriert zu werden. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass auch Asylbewerber ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten dürfen, wenn sie es können. Standardisierte Qualifikationsabfragen schon in den Aufnahmestellen können ein erster Schritt sein, um die individuellen Fähigkeiten frühzeitig festzustellen. Sind die beruflichen Fähigkeiten der Flüchtlinge bekannt, kann man Menschen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit bei uns bleiben werden, gezielt vermitteln. Dafür ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der Erstaufnahme und den Arbeitsverwaltungen in den Landkreisen erforderlich. Wenn möglich sollte bei der Zuweisung zu einem Landkreis auf potentielle Arbeitgeber Rücksicht genommen werden.
- 8) Wir müssen junge Flüchtlinge ermutigen, eine Ausbildung zu absolvieren, um ihnen eine Zukunft zu eröffnen. Das sind wir ihnen schuldig und auch unserem Land, denn sie werden die Fachkräfte von morgen sein, die Deutschland dringend benötigt. Die meisten von ihnen sind hoch motiviert. Da, wo aufgrund der Flucht kein Nachweis über Vorqualifikation vorhanden ist, lässt sich dies testen. Um die Ausbildungszeit erfolgreich bestehen zu können, brauchen die Menschen Sicherheit – in jeder Hinsicht. Deshalb dürfen sie während der Ausbildung und der folgenden 18 Monate nicht von Abschiebung bedroht sein. Betreuung und Schulbesuch müssen – auch durch die Inanspruchnahme von BAföG – bis zum 25. Lebensjahr möglich sein. Dann muss niemand mehr, nur weil er volljährig wird, seine Schulausbildung abbrechen. Dies gilt innerhalb dieses Zeitraums auch für den Besuch einer Hochschule.
- 9) Für Sprache und Ausbildungsstand gilt: die jeweiligen Vorkenntnisse müssen in der Erstaufnahme festgestellt werden. Dies würde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge derzeit überfordern. Deshalb sind Hochschulen, Kammern und Arbeitsverwaltung gefordert, den Bund bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Ebenso muss gelten, dass die kommunalen Behörden, in deren Bereich die Asylsuchenden ziehen,

hinreichend informiert werden, um zeitnah miteinander entsprechende Maßnahmen zu vereinbaren.

Zudem fordern die Freien Demokraten:

- 10) Die Landesregierung muss einen zentralen Flüchtlingskoordinator einsetzen. Angesichts der enormen Herausforderungen für unser Land, die der weitere Anstieg der Asylbewerberzahlen mit sich bringen wird, sind eine bestmögliche Verzahnung und eine zentrale Bündelung sämtlicher staatlicher Zuständigkeiten und Hilfsmaßnahmen unerlässlich. Aus diesem Grund fordern wir die Einrichtung einer Stelle eines Koordinators, der sich in den kommenden Jahren ausschließlich mit der Flüchtlingsthematik befasst und als zentraler Ansprechpartner für alle Beteiligten auf den verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ebenen fungiert. Denn alleine durch ein isoliertes Nebeneinander und dem ständigen Verweis auf die Zuständigkeit des Bundes werden wir dieses aktuelle Problem nicht bewältigen können.
- 11) Mehr Transparenz und Information für die aufnehmenden Kommunen. Um die Aufnahme der Flüchtlinge in den Kommunen zu erleichtern, ist eine umfassendere Information erforderlich. Mandatsträger, ehrenamtliche Helfer aber auch die Gesamtheit der Einwohner müssen besser informiert werden als dies bislang der Fall ist. In der Asylpolitik wie in allen Politikbereichen gilt, dass nur eine Politik von der Akzeptanz einer breiten Bevölkerung getragen wird, die auf Fairness setzt. Nur wenn auch für die deutsche Bevölkerung erkennbar ist, dass Asyl nur denen gewährt wird, die wirklich Hilfe brauchen und aus anderen Regionen nur Menschen zuziehen können, die hier Arbeit finden, werden Übergriffe wie in Tröglitz auf breite Ablehnung stoßen. Solchen Aktionen muss mit gesellschaftlicher Ablehnung und auch mit den Instrumenten des Rechtsstaates begegnet werden.
- 12) Gesundheitsversorgung unbürokratisch organisieren. Momentan muss noch jeder Arztbesuch genehmigt werden. Das überfordert nicht nur die zuständigen Sozialbehörden, sondern degradiert die Flüchtlinge im Gesundheitsbereich zu Menschen zweiter Klasse. Mit einer Krankenkarte sollen die Flüchtlinge unkomplizierteren Zugang zu einer medizinischen Grundversorgung erhalten. Dazu muss der Bund den Ländern zügig erlauben, Rahmenverträge mit den Krankenkassen zu schließen.
- 13) Die staatliche Ebene, die über die Aufnahme der Antragsteller entscheidet, soll auch die Kosten während des Verfahrens tragen. Der Bund muss künftig vollständig die finanziellen Leistungen für Asylbewerber übernehmen. Damit sind gleichzeitig die Kommunen nicht mehr Leidtragende von überlangen Asylverfahren, deren Beschleunigung sie selbst nicht in der Hand haben.

## Kulturland Sachsen-Anhalt

Unsere Kultur lebt nicht nur in unserer stolzen Vergangenheit. Auch heute machen die Kulturschaffenden im Land den Bürgern viel Freude. Wir haben in den letzten Jahren zusammen mit den Theaterintendanten im Land **gegen die Kulturkürzungen der Regierung** gekämpft. Wir haben Unterschriften für die Volksinitiative „Kulturland Sachsen-Anhalt“ gesammelt und unser Anliegen im Landtag vorgetragen. Auch in Verantwortung werden wir diesen Weg fortsetzen und für ein **breites kulturelles Angebot** in allen Landesteilen kämpfen. Besonders wichtig sind uns dabei auch **Veranstaltungsformate, die auf die Bürger zugehen**, die Hemmungen haben ein Theater oder eine Musikschule zu besuchen. Formate, die den Stammsitz der Einrichtung verlassen und da hingehen, wo die Menschen sind, halten wir für dringend ausbaufähig.

Kunst und Kultur sind eine unverzichtbare Quelle von Identität und Kreativität. Sie vermitteln wichtige Impulse für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Kultur und Demokratie sind aufs Engste miteinander verknüpft – beide brauchen den freien und mündigen Bürger.

Auf dem Territorium Sachsen-Anhalts steht die Wiege der deutschen Kultur. Entlang der „Himmelswege“ und der „Straße der Romanik“ begegnen uns kulturgeschichtliche Höhepunkte in reicher Zahl. Aber auch viele andere Orte verfügen über historische Stadt- und Dorfkerne mit wertvollen Baudenkmalen, die wichtige Ankerpunkte lokaler Identitäten darstellen. Diese Stätten des Wirkens unserer Vorfahren geben den nachfolgenden Generationen Orientierung und bestimmen unser Umfeld. Zugleich leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur touristischen Attraktivität unseres Landes. Denkmalschutz und Denkmalpflege müssen daher von ihrem Image als Investitionsbremse und Kostenverursacher befreit und in ihrer Rolle als Kulturstifter und Ideenreservoir noch stärker gewürdigt werden.

Der Bewahrung und Pflege des reichen kulturellen Erbes unseres Landes fühlen sich die Liberalen in besonderem Maße verpflichtet. Zugleich verfügt Sachsen-Anhalt auch im aktuellen Kunstschaffen über beachtliche Potentiale, die es gezielt zu fördern und weiterzuentwickeln gilt.

Da Hochkultur nicht kostendeckend angeboten werden kann, bedarf es der Unterstützung durch das Land und die Kommunen. Theater und Orchester gehören für Liberale zur Grundversorgung. Es darf keine Konzentration auf die drei Oberzentren geben. Dort allerdings muss sich hohe Qualität finden. Zu einer breiten Kulturlandschaft gehören auch die vielen Kultur- und Kulturfördervereine. Soziokultur ist entsprechend ihres Ursprungs staatsfern und lokal initiiert. Eine Unterstützung sollte durch Bereitstellung von Gebäuden, aber nicht durch direkte finanzielle Zuwendungen, die Abhängigkeiten schaffen, gegeben werden.

Mit der Hochschule Burg Giebichenstein besteht eine wichtige Ausbildungsstätte für bildende Künstler in Sachsen-Anhalt, deren weitere fachliche Profilierung positiv begleitet wird. Bildenden Künstlern wird durch Galerien und Unterstützung von Marketingaktionen Förderung zuteil. Ebenso verdient die Hochschule für Kirchenmusik eine verlässliche dauerhafte Finanzierung, etwa durch eine Stiftung.

Die kulturelle Bildung ist aus liberaler Sicht eine wichtige Investition in die Zukunft. Mit der Vermittlung kultureller Werte und künstlerischer Fähigkeiten werden Kinder und Jugendliche zu eigenständigem und verantwortungsbewusstem Handeln befähigt. Aus- und Weiterbildungsangebote im Bereich der bildenden und der darstellenden Künste, Musik- und Ballettschulen sowie die klassischen Volkshochschulkurse vermitteln in vielfältiger Form Wissen und Kreativität, das die Menschen zum aktiven Teilnehmen an der freiheitlichen Bürgergesellschaft befähigt. Für Liberale ist dabei die Wahrung der Chancengerechtigkeit zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen wichtig, um aus der Konkurrenzsituation heraus bestmögliche Ergebnisse zu erreichen.

Die Entdeckung der Kulturwirtschaft durch die Politik als fruchtbringende Chimäre von Kultur und Geschäft eröffnet neue Möglichkeiten. Insbesondere die Wirtschaftsförderung sollte den Kunstschaffenden als Selbständigen gleichbehandeln, wobei sich das Kultusministerium vom Bild des von staatlichen Zuschüssen abhängigen Künstlers trennen muss. Für Künstler, Galeristen, Kunst- oder Musiklehrer soll es einfache Steuerregeln geben, die insbesondere vielfach lange Vorbereitungsphasen und aperiodische Einnahmen berücksichtigen. Zur Bereitstellung einer bezahlbaren Sozialversicherung für Künstler muss die Künstlersozialkasse in ihrer Struktur erhalten bleiben.

Bei aller Anerkennung der wichtigen Rolle der Verwertungsgemeinschaften müssen Verfahren gefunden werden, die eine Verwertung von Gedankengut zulässt, ohne Unwissende zu kriminalisieren oder aktiven Künstlern mehr Büroarbeit als künstlerische Betätigung zumutet.

In der Gestaltung des Deutsch-Unterrichts muss stärker junge Literatur aus dem Land Berücksichtigung finden, um die Interessen der Schüler besser anzusprechen und neuen Autoren eine Empfehlung zu geben. Mittels Wettbewerbs-Preisen und kleinen Jahresstipendien können junge Autoren bei der Marktetablierung unterstützt werden. Bislang unterschätzt ist die Rolle der Verlage bei der Prägung des Buchangebots.

Entsprechend der Aussage des Kulturrates zählt für Liberale auch die Branche der Computerspielentwicklung zur Kultur. In der Verknüpfung von exzellentem Kunstschaffen und großem wirtschaftlichen Erfolg ergeben sich für Künstler der „electronic art“ umfangreiche Beschäftigungspotentiale, die nicht durch übertriebene, unkalkulierbare Indizierung in ihrer Marktentwicklung behindert werden dürfen. Die Ausbildung zum „Games-Designer“ sollte auch an sachsen-anhaltischen Hochschulen möglich sein, um den Nachwuchs für die Industrie bereitzustellen.

Leider gehören die Funk- und Fernsehmedien kaum noch zum Kulturbereich, wenn man von ihrer tatsächlichen Qualität, nicht von ihrem Anspruch ausgeht. Liberale bekennen sich zum dualen Rundfunksystem in Deutschland. Um der Kultur einen angemessenen Raum zu sichern, muss die Politik bei den gebührenfinanzierten Anstalten die Aufgabe der Grundversorgung der Bevölkerung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk betonen. Gleichzeitig ist kommerziellen Radio- und Fernsehanbietern der Weg in die Fläche zu ebnen. Die FDP bekennt sich zur Abschaffung der GEZ und zur Umstellung der Rundfunkgebühren auf ein nutzungsabhängiges System. Die Arbeit der Landesmedienanstalten ist künftig im mitteldeutschen Raum länderübergreifend zu organisieren.

Die Bürgermedien – offene Kanäle und nicht kommerzielle Lokalradios – bieten den Bürgern auf der Grundlage der entsprechenden Gesetzlichkeiten die kostenfreie Möglichkeit, selbstbestimmt und eigenverantwortlich Beiträge in freier Meinungsäußerung zu gestalten. Sie sind Orte lokaler Kommunikation, geben Impulse für soziale und kulturelle Aktivitäten und fördern die Integration. Daher ist die Arbeit der Bürgermedien unverzichtbar und bedarf der weiteren Förderung.

Liberale treten für Pluralität in Glaubens- und Weltanschauungsfragen ein, erwarten von allen Bürgerinnen und Bürgern eine Bejahung von Grundgesetz und Landesverfassung sowie gegenseitigen Respekt. Der schmale Grat zwischen Ausschöpfung eigener persönlicher Meinungsäußerung und Beeinträchtigung anderer Anschauungen muss gesucht werden. Dass religiöse Unterschiede in der Debatte um die Integration von Zuwanderern verwendet werden, bleibt eine besondere Gefahr. Toleranz zeigt sich meistens im Umgang mit Minderheiten. Sie darf nur eingefordert werden, wenn sie zugleich gewährt wird. Die Reformationsdekade bis zum Reformationsjubiläum 2017 muss als Chance begriffen werden, unser Land mit seiner reichen kulturellen Tradition nach außen zu präsentieren, zugleich nach innen Zeichen für Toleranz und Weltoffenheit zu setzen.

## Sport frei

Wir Sachsen-Anhalter lieben Sport. Er bringt Menschen mit den verschiedensten sozialen und kulturellen Hintergründen zusammen, hilft Vorurteile abzubauen und mit dem Gegenüber zum Miteinander zu kommen. Diese wichtige Funktion für die Gesellschaft ist unbezahlbar. Den **Breitensport** wollen wir daher genauso wie den in unserer Heimat sehr erfolgreichen Leistungssport weiter **fördern**. Dafür ist es uns wichtig, dass **Trainingszeiten** in den **Sportstätten bezahlbar bleiben**. Hierbei wollen wir Freie Demokraten die Kommunen unterstützen.

Der **Landessportbund** ist im organisierten Sport der zentrale **Ansprechpartner der Politik**. Nur mit ihm zusammen werden wir über den Sportstättenbau und die Vergabe von Förder-

mitteln entscheiden. Gerade für die über 300 000 ehrenamtlich organisierten Sportler im Land ist es uns wichtig, dass die **Mittelvergabe zielgenau und unbürokratisch** erfolgt.

Der Sport nimmt in der heutigen Gesellschaft einen zunehmend wichtigeren Platz ein. Neben der Förderung des Mannschaftsgeistes und der Leistungsbereitschaft kommt dem Sport als Prävention gegen Krankheiten, sowie gesellschaftspolitische Aufgaben, wie die Integration etwa von Kindern mit Migrationshintergrund eine besondere Bedeutung zu.

Die Gesellschaft unterstützt den Sport aus drei Überlegungen heraus:

- den Kinder- und Jugendsport zur Schaffung einer gesunden Lebenshaltung
- den Breitensport zur sinnvollen Freizeitgestaltung und Prophylaxe
- den Leistungssport zur Talentförderung und Vorbildfunktion.

Natürlich liegt Sport zunächst im Interesse jedes Einzelnen und wird vielfach auch nicht aufgrund gesundheitlicher Überlegungen sondern aufgrund des Unterhaltungs- und Freizeitwertes betrieben.

Wesentliches Element der staatlichen Förderung ist deshalb die Bereitstellung preiswerter Sportstätten. Land und Kommunen sorgen im Rahmen der Pflichtaufgabe Sport für eine Infrastruktur, die der Demografie und den regionalen Erfordernissen entspricht. Schulstandorte sind mit einer Mindestausstattung von Freianlagen und Sporthallen zu versehen. Für Sportarten, die als Leistungssport besonders gefördert werden, ist im Land mindestens je eine Anlage zur Austragung von überregionalen Wettkämpfen vorzuhalten.

Neben dem Angebot an Sportanlagen ist es für das Land von Interesse, ein enges Netz an Trainern und Übungsleitern, Vereinen und kommerziellen Sportangeboten sicherzustellen, um eine möglichst breite Bevölkerung anzusprechen. Vereins- und Schul-, sowie Hochschulsport müssen sich sinnvoll ergänzen.

Die Förderschwerpunkte werden von Land und Landessportverbänden einvernehmlich festgelegt, mit der direkten Verteilung der Finanzmittel wird der Landessportbund beauftragt. Dabei bekennen sich die Liberalen ausdrücklich auch zur Förderung des Leistungssports und damit zu den Olympiastützpunkten und den Sportschulen in Sachsen-Anhalt als Einrichtung zu Förderung junger Leistungssportler.

Das bestehende System der Gemeinnützigkeit ist zu reformieren. Beiträge und Zuwendungen an Sportvereine sind vom Einkommen/Betriebsergebnis voll abzugsfähig. Alle Vereine unterliegen den normalen Steuergesetzen. Da Steuerzahlungen nur im Falle des Gewinns entstehen, kann von einer Unschädlichkeit für die klassischen Kleinvereine ausgegangen werden. Vergütungen an Helfer, Übungsleiter und Vereinsvorstände sind einer Pauschalversteuerung ohne Sozialabgabenpflicht zu unterwerfen.

## Bürger ernsthaft beteiligen

Wenn wir Freie Demokraten von Bürgerbeteiligung reden, dann meinen wir mehr als Kaffeekränzchen. Politik soll bei den Bürgern keine „Maulschau“ betreiben. Politik muss die Bürger entscheiden lassen, denn in der Demokratie sind sie der Souverän. Wir wollen, dass die **Bürger Entscheidungen** darüber, wie wir zusammen leben, **stärker selbst treffen können**. Dies gilt für alle Altersgruppen, Jugendliche wie Senioren, Männer und Frauen. Dabei ist es Aufgabe von Politik, Formate anzubieten, die Menschen entsprechend ihrer Präferenzen und Fähigkeiten die Möglichkeit gibt, sich einzumischen.

Dafür wollen wir die **Hürden bei Unterschriften und Zustimmungsquoren in der Direkten Demokratie, also** bei Bürger- und Volksbegehren und –entscheiden, **deutlich senken** und – etwa bei Bauprojekten – auch ungewöhnliche **Beteiligungskonzepte** von der Einwohnerversammlung über die E-Partizipation bis zum Fokusgruppengespräch **erproben**. Wichtig ist uns, dass die Interessen aller Betroffenen einer Entscheidung frühzeitig und ernsthaft berücksichtigt werden.

## Familiär und chancengerecht

Der Liberalismus setzt sich für die größtmögliche Freiheit des einzelnen Menschen in jeder gegebenen Situation ein. Die Erhaltung und Entfaltung der Individualität persönlichen Daseins und der Pluralität menschlichen Zusammenlebens ist eines der Kernziele liberaler Politik. Wobei alle Menschen unseres Landes gleichwertige Chancen zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten haben müssen.

Die gegenwärtige Bilanz des Sozialstaats fällt, gemessen an unserem Ideal, negativ aus. Er ist ein konservativer Wohlfahrtsstaat, der die Sicherung eines einmal erreichten Lebensstandards verspricht. Er kann aber keine Sicherheit mehr vermitteln, da seine Systeme aufgrund des demografischen Wandels nicht mehr zukunftsfest sind. Steigende Gesundheitskosten, steigende Rentenbeiträge bei in Zukunft niedrigeren Rentenzahlungen, eine hohe Sockelarbeitslosigkeit sind bereits heute spürbare Auswirkungen. Der Sozialstaat hat die Menschen vielfach fürsorglich vernachlässigt, indem er Bedürftige zu Almosenempfängern degradiert, ihnen aber Anreize und Möglichkeiten, sich mit eigener Leistung um eine Verbesserung ihrer Lebenssituation zu bemühen, vorenthalten hat.

Vielen Personen bleibt eine individuelle Lebensgestaltung vorenthalten, da sie durch staatliche Stellen oder Renten-, Gesundheits- oder Sozialhilfeträgern in oft guter Absicht entmündigt werden. Eine kaum überschaubare Vielzahl von Maßnahmen, Programmen und Forderungen an eine anonyme Sozialbürokratie fördert zudem eine Einstellung, die davon ausgeht, dass gegenüber dem Staat in allen Lebenslagen Ansprüche bestehen. Gleichzeitig sorgt

die Vielzahl von Kostenträgern für einen bürokratischen Dschungel, in dem sich die Bürger in zunehmendem Maße verlieren. Selbstbestimmung und Chancengerechtigkeit als Grundzüge einer liberalen Gesellschaft geraten in Gefahr, gefährdet nicht durch einen repressiven Staat, sondern durch die Hilfen eines vermeintlich fürsorglichen Staates. Er untergräbt kontinuierlich die Eigenverantwortung, aber auch die Mitmenschlichkeit, weil die Erfahrung füreinander Verantwortung zu tragen, immer seltener wird. Er gefährdet bürgerschaftliches Engagement, weil sich der Helfende als überflüssig und anachronistisch vorkommt und weil individuelle Solidaritätsgesten vom System nur zu oft als störend betrachtet werden. Der real existierende Sozialstaat ist nicht Garant der Freiheit, sondern eine Gefahr der Freiheit. Dies gilt in nahezu allen Bereichen der Sozialpolitik.

Staat und Gesellschaft sind wir alle und Staat und Gesellschaft dürfen nicht alles. Deshalb setzen Liberale auf den mündigen Bürger und erachten staatliches Handeln nur dort als erforderlich, wo eigene Leistungsfähigkeit oder bürgerschaftliches und zwischenmenschliches Engagement nicht ausreichen. In unserer Gesellschaft spielt die Familie nach wie vor eine zentrale Rolle, wobei jede auf Dauer angelegte Gemeinschaft als Familie betrachtet wird, in der, generationsübergreifend, Verantwortung füreinander übernommen wird. Die Zahl der Menschen in unserem Land, die ganz praktisch Verantwortung für die nächste Generation übernehmen, nimmt aber stetig ab, die geringen Geburtenzahlen sind zunehmend zur Gefahr für unsere sozialen Sicherungssysteme geworden, die auf eine generationsübergreifende Finanzierung setzen.

Aber: Kein Mensch bekommt Kinder für den Staat. Die Entscheidung für oder gegen Kinder fällen Menschen nach sehr individuellen Mustern, die aber ganz offensichtlich zwei großen Trends unterliegen: Der Selbsteinschätzung über die eigenen Zukunftsperspektiven und der Annahme über die Auswirkung von Kindern auf die eigene Lebensgestaltung. In Sachsen-Anhalt wollen und müssen Männer und Frauen erwerbstätig sein. Daher spielt die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land eine dominierende Rolle bei der Entscheidung junger Menschen für oder gegen Kinder. Da zumindest die Entscheidung für das erste Kind nicht geprägt sein kann von eigenen Erfahrungen, welche Bereicherung Kinder für das Leben ihrer Eltern sind, wird die Entscheidung für oder gegen ein Kind eben ganz wesentlich von eher ökonomischen Kriterien beeinflusst. Das bedeutet, dass die Öffentliche Hand auch in Zukunft Rahmenbedingungen sicherstellen muss, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten.

Um zu vermeiden, dass staatliche Hilfe Eigenverantwortung schwächt und junge Menschen an die staatliche Abhängigkeit gewöhnt werden, muss der Staat vor allem optimale Rahmenbedingungen, wie eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung und eine gute schulische Bildung sichern. Darüber hinausgehende staatliche Maßnahmen dürfen nur in den Fällen greifen, in denen junge Menschen tatsächlich nicht ohne flankierende Maßnahmen auskommen.

## Gesund bleiben & selbstbestimmt leben

Für Liberale ist es wichtig, dass alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können und Eigenverantwortung übernehmen. Das können sie aber nur, wenn sie gesundheitlich dazu in der Lage sind. Die größte Herausforderung für die gesundheitliche Versorgung in unserem Land in den nächsten Jahren ist dabei die demografische Entwicklung, wobei die FDP bereits ein Finanzierungskonzept vorgestellt hat.

Unser Ziel ist eine Versorgung ohne Wartelisten und ein schneller unbürokratischer Zugang zum Arzt und Krankenhaus. Wir unterstützen Maßnahmen, die

- die Beschäftigung und Ansiedlung junger Ärztinnen und Ärzte fördern,
- die Einrichtung von regionalen integrativen Versorgungszentren weiter voranbringen,
- die es ermöglichen Präventionsprogramme systematisch einzusetzen und
- die den Angehörigen von Menschen mit Demenzerkrankungen die Betreuung erleichtern.

„Ambulant vor stationär“ und „persönliches Budget“ sind zwei Schlagworte der Sozialpolitik. Dabei muss es das Ziel sein, allen Menschen individuell abgestimmte Hilfen anzubieten, die eine möglichst umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Sowohl im Bereich des Nachteilsausgleichs aufgrund von körperlichen, seelischen oder geistigen Behinderungen als auch im Bereich der Altenpflege muss gelten, dass den Bürgern unseres Landes ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird. Für alle Menschen ist der Tod ein unausweichlicher Teil des Lebens. Die Liberalen setzen sich dafür ein, es allen mündigen Bürgern zu ermöglichen, ihr Lebensende in Würde selbst zu bestimmen.

Die demografische Entwicklung zwingt uns noch stärker als bisher, alle Fähigkeiten der Menschen in unserem Land optimal zu fördern. Defizite müssen möglichst früh festgestellt werden. Um sicherzustellen, dass Kinderärzte die Möglichkeit haben, Beeinträchtigungen bei der Entwicklung des Kindes festzustellen und Maßnahmen zu empfehlen, sollte die Teilnahme an allen Vorsorgeuntersuchungen möglichst 100 Prozent betragen. Dies ist über eine stärkere Aufklärung der Eltern oder aktive Terminerinnerungen der Arztpraxen und entsprechende Empfehlungen der Kassen zu erreichen. Aufsuchende Maßnahmen dürfen nur in den Fällen erfolgen, in denen konkrete Hinweise zur Vernachlässigung oder Missbrauch vorliegen. Wenn sich dieser Verdacht bestätigt, sind alle erforderlichen staatlichen Maßnahmen einzuleiten. Eltern unter einen Generalverdacht zu stellen, ist nicht akzeptabel.

## Aktiv älter werden

Den Kern liberaler Seniorenpolitik bildet die persönliche Freiheit und Selbst-Bestimmung auch im Alter. Diese Forderung ist ein Aufruf zu mehr Selbst-Wertgefühl, zur Bewahrung von Selbstständigkeit, zu einem Selbst-Bewusstsein, das sich mit Verantwortungsbewusstsein für

andere verbindet. Selbstbestimmung im Alter setzt Mitbestimmung voraus, im Sinne von Mitwirkungsmöglichkeiten in Gesellschaft und Politik.

Die Integration von seniorenpolitischen Themen in alle liberalen Programme hat eine wichtige Funktion für die Zielgruppe der älteren Wähler. So ist der Bereich Wirtschaft und Arbeitsmarkt verbunden mit dem Thema Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer. Der Bereich Verkehrspolitik und Mobilität umfasst zwingend auch die Mobilität älterer Menschen, die deren Lebensqualität maßgeblich bestimmt. Eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen ist Voraussetzung für Investitionen im Hinblick auf das Leben und Wohnen im Alter, die auch kommenden Generationen zu Gute kommen wird.

Wir wollen das Bewusstsein stärken, dass ohne die aktive Mitwirkung der älteren Generation die anstehenden Aufgaben nicht bewältigt werden können. Die verantwortliche Mitarbeit der älteren Generation an den gesellschaftlichen Entwicklungen steht für uns im Vordergrund. Sie setzt aber eine substantielle politische Teilnahme voraus, allerdings muss die Initiative maßgeblich von den Älteren selbst ausgehen. Seniorenpolitik wird in unserer Gesellschaft noch immer mit Vorbehalten betrachtet, obwohl sie nicht nur der wachsenden Gruppe der Älteren und Alten dient. Die Erkenntnis, dass Alter kein Endpunkt, vielmehr altern ein lebenslanger Prozess ist, führt heute zu einer differenzierenden Unterscheidung zwischen den so genannten Jungen Alten, den Älteren und den Hochbetagten. Neben steigender Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahl stehen dabei die längere Leistungsfähigkeit älterer Menschen auf der einen Seite, die spezifischen Kompetenzen, die man durch lange Lebenserfahrung erwirbt, auf der anderen Seite im Vordergrund.

### **Sie wollen so bleiben wie Sie sind? Sie dürfen!**

Ob Sie lieber Steak oder Tofu essen, ob Sie Männer oder Frauen lieben, ob Sie Bahn, Auto oder Fernbus fahren, ob Sie sich unter den Heizpilz setzen oder nicht: Das sollten Sie selbst entscheiden! **Es ist Ihr Leben.** Wir machen den Weg frei. Die Zeiten, in denen Erwachsenen vorgeschrieben wurde, was „das richtige Leben“ ist, sollen vorbei sein. **Wir sind Freie Demokraten. Wir akzeptieren Sie so, wie Sie sind.**

Sie sind neugierig geworden?

Wenn Sie gerne mehr darüber wissen wollen, wofür wir stehen und wie wir Sachsen-Anhalt vom Tabellenletzten zum Meistertitel führen wollen, rufen Sie uns einfach an oder schreiben Sie uns eine Nachricht:

FDP Sachsen-Anhalt	Tel. 0391/561 92 88
W.-Rathenau-Str. 33b	Fax: 0391/543 13 61
39106 Magdeburg	sachsen-anhalt@fdp.de

**Sachsen-Anhalt hat viele Potenziale.**

**Machen wir was draus!**

V.i.S.d.P:

FDP Landesverband Sachsen-Anhalt  
Landesgeschäftsführer Andreas Schnurpel  
Walther-Rathenau-Str. 33b  
39106 Magdeburg

Tel: 0391 561 92 88  
Fax: 0391 543 13 61  
Mail: [info@fdp-lsa.de](mailto:info@fdp-lsa.de)

**Freie  
Demokraten**

Landesverband  
Sachsen-Anhalt **FDP**